Nr. 181 — Halle (Saale), Dienstag den 5. August 1913 — 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,65 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 42/43. Fernsprecher 888. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Nonpareillezeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textstrich die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/43. Fernsprecher 1047. Größnungsstunde: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

## Marxistische Probleme.

Der wissenschaftliche Sozialismus von Marx ist vor allem Sozialtheorie, will vornehmlich die Gesetzmäßigkeit des gesellschaftlichen Geschehens bestimmen, das Verhältnis der Menschen und verschiedenen Klassen zueinander im Produktionsprozeß. In diesem Sinne ist sie von Marx für die herrschende Gesellschaftsepoche theoretisch fundiert worden, und alle Kritik hat bisher nicht vermocht, ihr diese wissenschaftliche Position zu nehmen. Nicht als ob wir in dogmatischem Fanatismus behaupten wollten, daß jedes Wort und jede Einzeltatsache bei Marx unveränderlich feststehe; aber der Geist und die Methode, die Grundlagen der ganzen Theorie, sie stehen heute mehr denn je in unbeschädigter Größe da.

Nun ist einer der Hauptangriffe, den die Kritiker gegen die Marxsche Theorie erheben, der, daß sie einseitiger Materialismus, mechanistische Wirtschaftstheorie sei, daß sie die Rolle der Einzelpersönlichkeit in der gesellschaftlichen Praxis nicht genügend berücksichtige, kurzum, daß sie jeder erkenntniskritischen Begründung entbehre. Diese Kritiker stehen der Marxschen Theorie und Methode völlig fremd gegenüber, mißverstehen immer noch, wie der historische Materialismus das Verhältnis des Ideellen zum Materiellen bestimmt. Die alte bürgerliche Denkweise, die zwischen den ökonomischen Kräften und den Menschen aus „ethischen Gründen" unüberbrückbare Gegensätze konstruiert, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind, ist die Quelle all dieser Irrtümer. Soweit für die Sozialwissenschaft eine selbständige Erkenntniskritik möglich und notwendig ist, sind deren Elemente in der Marxschen Theorie vollständig vorhanden, ja, sie bildet eine ihrer stärksten und glänzendsten Seite; sie ist in dieser Hinsicht gerade der bürgerlichen Wissenschaft überlegen, die sich in einer übertriebenen Betonung des Ideellen oder Materiellen gefällt.

Mit diesen wichtigen Problemen des Marxismus beschäftigt sich eingehend eine Schrift von Max Adler: Marxistische Probleme, die vor längerer Zeit bei Dietz-Stuttgart erschienen ist. Adler ist bekanntlich der führende Kopf jener Richtung innerhalb des Marxismus, die erkenntniskritisch nicht nur auf Marx, sondern auch auf Kant fußt. Diese sogenannten Jungmarxisten haben aber nichts gemein mit dem Revisionismus, der den Sozialismus durch allerhand kritische und andere Ethik ergänzen möchte. Worauf es hier ankommt, ist vielmehr die innere Verbindung der Marxschen und der Kantschen Methode zu einer vollkommenen Sozialwissenschaft. Und so ist das vorliegende Buch hauptsächlich dem Zweck gewidmet, die erkenntniskritischen Grundsätze Marx' spezieller und breiter herauszuarbeiten, und, soweit möglich, durch die Ergebnisse der modernen Wissenschaft zu ergänzen. Der Einfluß des kritischen Idealismus Kants ist bei Adler durchgehends bemerkbar, insofern neben der sozialen Klasse das Einzelindividuum Gegenstand der Untersuchung wird; aber nicht das Individuum als isoliertes Dasein im alten bürgerlichen Sinne, sondern als vergesellschafteter Mensch, wie wir ihn nur bei Marx kennen. „Nicht die Gesellschaft ist der Träger des sozialen Lebens, sondern nur der Einzelmensch, aber freilich der Einzelmensch, wie wir ihn heute allein noch verstehen können: nämlich der als Einzelmensch zugleich vergesellschaftete Mensch ist, das heißt, der bereits aus seinem Ich heraus, aus seinem psychischen Sein, sich selbst nicht anders gegeben ist wie als ein einzelner unter wesensgleichen dielen . . ."

Auf diese Weise ist also das Soziale weder etwas zwischen den Menschen, noch über ihnen, sondern es ist in ihnen, und zwar in jedem einzelnen ganz, so daß der soziale Zusammenhang, die Gesellschaft als Tatsache, nicht als Begriff, schon in jedem Einzelbewußtsein vollständig gegeben ist." Das ist der wahre Sinn des Marxschen Begriffes vom vergesellschafteten Menschen, und nur auf dieser Grundlage ist eine fruchtbare soziale Erkenntniskritik möglich. Das Geistige und Materielle, wie es die Marxsche Theorie feststellt, sind also nicht zwei absolute Gegensätze; beide stehen von vornherein in derselben Sphäre, der menschlichen. Das Geistige schlägt im gegebenen Moment in Materielles um und umgekehrt, so daß jedes soziale Objekt beide Eigenschaften zugleich in sich vereinigt. Es ist das große Verdienst von Marx, den Schein der materiellen Sachlichkeit an den wirtschaftlichen Dingen zerstört zu haben, denn letzten Endes sind es immer menschliche Beziehungen. Das ist das große Kausalgesetz des sozialen Lebens. Und in diesem Sinne schrieb schon der junge Marx: „Es genügt nicht, daß der Gedanke sich zur Wirklichkeit drängt. Die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen." Wenn also von den ökonomischen Faktoren die Rede ist, die auf das menschliche Denken entscheidend wirken, so ist das nur so zu verstehen, daß sie dessen Inhalt bedingen, es aber nicht aus sich selbst wie in einem Ausscheidungsprozeß erzeugen; die selbständige Existenz und Wirksamkeit der Idee wird durchaus gewahrt. „Diese Gedanken lassen sich auf den höchst einfachen Ausdruck bringen: das Ideelle ohne das Materielle ist wirkungslos, das Materielle ohne das Ideelle ist richtungslos." — Adler ist ein zu feiner Dialektiker und tiefer Denker, um nun das Bewegungsgesetz, den Klassencharakter der Gesellschaft und dessen Wirksamkeit in der sozialen Entwicklung gänzlich zu übersehen; er ist es, der heute das Vorwärtsstreben der Mehrheit der Menschheit, des Proletariats, in der Richtung auf den Sozialismus bestimmt.

Sehr wertvoll sind die Ausführungen über den Wert und die Bedeutung der Dialektik. Adler widerlegt die alte bürgerliche Phrase, nach der die Dialektik für Marx nur ein äußerer Notbehelf gewesen sei, um eine revolutionäre Rethorik oder einen glänzenden Stil zu erreichen. Denn Dialektik als wissenschaftliche Methode bedeutet für Marx nicht mehr und nicht weniger wie überhaupt die Theorie: ein wirkliches Spiegelbild der Praxis zu geben. Und wenn Dialektik nichts als Gegensätzlichkeit bedeutet, so ist sie kein Abstruktum, sondern der wahre Ausdruck der bevorstehenden Klassengegensätze. Darum rühmt sie Engels nicht nur als unser bestes Arbeitsmittel, sondern auch als schärfste Waffe. Und Marx bezeichnet sie als wahrhaft revolutionär: „denn auch Theorie wird zur Gewalt, sobald sie Massen ergreift."

Ein großer Teil des Adlerschen Buches richtet sich gegen den Rechtsphilosophen an der Universität Halle Rudolf Stammler, der mit seinem bekannten Buch Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung in die erste Reihe der bürgerlichen Marxkritiker trat. Noch heute gilt Stammler bei bürgerlichen wie sozialistischen Marxkritikern als der fruchtbarste Marxüberwinder. Und man kann ihm in der Tat nicht den großen Vorzug abstreiten, von allen Kritikern am gründlichsten gegen die Marxsche Theorie vorgegangen zu sein, indem er nicht wie die anderen, einzelne ihrer Schwächen, sondern ihre wirkliche Grundlage, die materialistische Geschichtsauffassung, grundsätzlich angriff. Deshalb ist die ausführliche Antikritik Adlers doppelt wertvoll. — Stammler verneint von seinem Standpunkte als Rechtsphilosoph, und in dieser Eigenschaft ist er einseitiger Neukantianer, die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung gänzlich. Im Grunde genommen sind seine grundsätzlichen Einwürfe so alt, wie die Marxkritik, daß der Marxismus zu einseitiger Materialismus sei, daß ihm die erkenntniskritische Begründung, das heißt die Wirksamkeit der Idee in der Geschichte fehle; nur ist deren kritische Begründung bei Stammler eine neue, gründlichere, wie bisher. Aber auch sein Grundfehler ist es, von seinem idealistischen Standpunkte den wirtschaftlichen Faktoren, wie sie in der Theorie von Marx vorkommen, einseitig materielle Eigenschaften zuzuschreiben. Eine Kritik unter diesen Gesichtspunkten kann natürlich niemals den Kern der Sache treffen, und Adler kann mit reichen Zitaten aus Marxschen Schriften diese kritischen Einwürfe entkräften; daß wirtschaftliche Verhältnisse nicht isoliert von den Menschen existieren, daß sie vielmehr von vornherein und hauptsächlich menschliche Beziehungen sind. Stammler ist Rechtsphilosoph, sieht daher vor allem die ordnenden, regelnden Kräfte im Gesellschaftsprozeß, unterscheidet zwischen Form und Inhalt des sozialen Lebens. Das geregelte Zusammenwirken der Menschen zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung ist ihm das Wesentliche; damit ist sowohl die Produktionsweise wie die richtunggebende, zweckesetzende Idee festgestellt. Jedoch die zweckesetzende Idee beherrscht die Wirtschaft, die Form den Inhalt. Von einer ökonomischen Struktur im Marxschen Sinne könne deshalb nicht gesprochen werden. Indem sich die wirkende Rechtsidee unaufhörlich in der Geschichte durchsetzt, ist sie das Einheitsgesetz gesellschaftlichen Geschehens. „Ein ökonomisches Phänomen heißt daher eine gleichheitliche Massenerscheinung von Rechtsverhältnissen." Der Grundsatz Stammlers läßt sich dahin zusammenfassen, daß er gegenüber der materialistischen Geschichtsauffassung die regelnde Rechtsidee in ihrer konkreten Wirksamkeit in einer bestimmten Richtung für den eigentlichen Antrieb der gesellschaftlichen Entwicklung hält. — Der große Fehler der Stammlerschen Kritik ist offenbar; es ist sein Irrtum, eine Teilerscheinung im Gesellschaftsprozeß zu ihrem Grundgesetz zu stempeln, nur um die „wirkende Idee" zu retten. Damit eine Rechtsidee sich wirklich realisieren kann, bedarf sie zunächst eines Objektes, eines konkreten Inhalts, und der kann nur durch die Produktionsfaktoren gegeben sein. Die Rechtsidee ist nicht über den Produktionsverhältnissen, sondern in ihnen, ist in ihrem Wirkungsgrad durch die letzteren bestimmt. Marx bezeichnet wiederholt die Eigentumsverhältnisse als einen Komplex von Rechtsverhältnissen, aber die Veränderungen dieser Rechtsverhältnisse bestehen in ihrem Funktionsmandel, „das heißt in der wirtschaftlichen Veränderung ihres Inhaltes". Die bürgerliche Gesellschaft ist in ihrem Grundcharakter nur zu verstehen in ihrem konkreten Inhalt, wenn man „das ganze jener Eigentumsverhältnisse nicht in ihrem juristischen Ausdruck als Willensverhältnisse, sondern in ihrer realen Gestalt, das heißt als Produktionsverhältnisse, umfaßte". (Marx.) So ist die Stammlersche Theorie am wenigsten geeignet, die materialistische Geschichtsauffassung in ihrer grundsätzlichen Stellung zu erschüttern. Den Marxismus übertrieben einseitig-materialistisch auffassend, mußte die idealistische Haltung des Kritikers noch einseitiger werden. Und trotzdem Stammlers Marxkritik bereits wiederholt von sozialistischer Seite als unhaltbar gekennzeichnet worden ist, wird es doch das große Verdienst Adlers bleiben, die großen Irrtümer dieser Theorie gründlich aufgedeckt zu haben.

Das Adlersche Buch ist trotz der schwierigen Probleme, die es behandelt, in gemeinverständlicher Form abgefaßt. Man merkt es der schönen, klaren Darstellung durchweg an, daß der Autor seinen Stoff bis ins innerste beherrscht. Die Schrift bedeutet einen wirklichen Fortschritt der marxistischen Theorie, und ähnlich wie der „Antidühring" von Friedrich Engels ist sie durch Kritik der Kritik entstanden. Ebenso angenehm berührt der sachliche Ernst, die vornehme Haltung, die Adler dem Gegner gegenüber wahrt. Dem theoretisch schon etwas vorgebildeten Arbeiter kann das Buch dringend zum Studium empfohlen werden.

E. S.

## Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 4. August 1913.

### Militär, Studenten und Volksschüler.

Die nun bekannt werdenden amtlichen Nachweisungen über die Aufwendungen für die Volksschulen stellen erneut deren Behandlung als Stiefkinder heraus. Die Aufwendungen dafür sind noch sehr gering, sie stehen in einem schreienden Gegensatz zu den Lasten für das höhere Schulwesen und vor allem zu den schweren Opfern, die der Militarismus dem Volke auferlegt. Sieht man von dem Ausfall ab, der unserer Volkswirtschaft durch das Brachliegen einer gewaltig großen Summe von Arbeitskraft entsteht, so belaufen sich die Ausgaben für den Militarismus jetzt auf rund 3000 Millionen Mark. Dem stehen an laufenden Ausgaben für das Volksschulwesen in Preußen im Jahre 1911 rund 421 Millionen Mark gegenüber. Auch im Verhältnis zu den Universitäten sind die Volksschulen kümmerlich bedacht. Die Zahl der Volksschulkinder war 240 mal so groß als wie die der Studenten, aber die Aufwendungen für sie waren nur 21 mal so groß.

Die Kultur unserer Zeit kann kaum schöner beleuchtet werden, als wenn wir die in Betracht kommenden Ziffern hier zu einem Bilde vereinigen. Es schaut so aus:

| | |
|---|---|
| Gesamtausgabe für das Militär (Etat 1912) | 2 886 137 100 Mk. |
| Friedenspräsenz . . . . . do. . . | 720 569 Mann |
| Aufwendungen für die Volksschule in Preußen im Jahre 1911 . . . . . | 420 898 000 Mk. |
| Zahl der Volksschulkinder . . . . . | 6 572 072 |
| Kosten der Universitäten in Preußen (1911) | 19 469 720 Mk. |
| Zahl der Studenten . . . . . | 27 341 |

Demnach betrug die Ausgabe für einen

| | |
|---|---|
| Soldaten . . . . . | 4 004 Mk. |
| Studenten . . . . . | 712 „ |
| Volksschüler . . . . . | 64,50 „ |

Die neue Militärvorlage steigert die Kosten noch ganz erheblich. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß für Kulturaufgaben, vor allem für die Volksschule, kein Geld vorhanden ist.

Die amtlichen Zahlen enthüllen noch intimere Reize preußischer Kultur. Die Aufwendungen für Schulen werden nur zum Teil aus Staatsmitteln bestritten. Von den Volksschullasten haben den Löwenanteil die Kommunen zu tragen, von den Kosten für die Universitäten entfallen auf den Staatssäckel etwa drei Viertel. Daraus ergibt sich, daß aus Staatsmitteln ungefähr aufgebracht werden für einen Studenten **518,80 Mk.**, für einen Volksschüler **19,20 Mk.** Man sieht, die Leistungen des Staates für das Stiefkind Volksschule sind sehr gering. Um so größer aber ist die Anmaßung der Staatsbehörden bei der Reglementierung der Volksschule. Trotz dem sogenannten Selbstverwaltungsrecht und obwohl die Gemeinden den Löwenanteil der Lasten für die staatliche Einrichtung der Zwangsschulen aufbringen müssen, nimmt sich die preußische Staatsmacht heraus, vorzuschreiben, daß Staatsbürger mit ihr nicht genehmer politischer Ueberzeugung nicht in den Schulkommissionen tätig sein dürfen und Arbeiter-Turnvereine von der Benutzung der Turnhallen ausgeschlossen bleiben müssen.

In Preußen muß alles seine richtiggehende Ordnung haben. Es würde etwas fehlen, ließe die Volksschule den Einschlag agrarischer Bevorzugung vermissen. Keine Sorge, er findet sich auch hier, dazu ziemlich scharf ausgeprägt. Die Zahl der Volksschulkinder auf dem Lande ist 1½mal so groß als wie die in der Stadt, aber für die Schule auf dem Lande entfällt aus Staatsmitteln 4 mal so viel als auf die städtischen Schulen. Ohne diese besondere liebevolle Fürsorge des Staates würden allerdings manche Schulen auf dem Lande noch hinter besseren Schweineställen zurückbleiben.

Den Reaktionären und anderen Dunkelmännern ist die Volksschule ein Greuel. Wenigstens insoweit, als sie den Kindern mehr vermittelt als wie Autoritätsglauben, Untertänigkeitsgefühl und dogmatische, auf die Anerziehung von Bescheidenheit und Gehorsam eingestellte Religion. Das erklärt zur Genüge die stiefmütterliche Behandlung der Volksschule in Preußen. Unwissenheit und Ergebenheit — so heißt die beste Grundlage reaktionärer Herrschaft. Sie der großen Masse zu erhalten, ist Preußens oberster Grundsatz!

### Der Kruppismus.

Soeben wird gemeldet: Der Ministerrat hat beschlossen — aber nicht der preußisch-deutsche, sondern der italienische! — daß weder Zivilbeamte noch Offiziere als Vermittler oder als Unternehmer Geschäfte mit staatlichen Behörden abschließen dürfen. Der Verbot gilt auch für die in den Ruhestand Getretenen. Diese Maßnahme erschien seit langer Zeit wünschenswert, da es immer häufiger vorkam, daß Beamte und Offiziere ihre Vertrauktheit mit dem Verwaltungswesen dazu benutzten, um die Vergebung von Lieferungen an Privatunternehmer zu vermitteln. Einige Großindustrielle der Eisenbranche legten es in Italien geradezu darauf an, Marineoffiziere in ihren Verwaltungen anzustellen, um durch diese die Submissionsgeschäfte mit dem Staate zu verhandeln. Dieser Mißwirtschaft macht der Beschluß des Ministerrats ein Ende, wenn er — durchgeführt wird.

Bei uns in Deutschland ist das System, daß die großen Staats- und Reichslieferanten frühere Offiziere und Beamte in hochbezahlte Stellungen nehmen, damit sie mit den Behörden verhandeln, schon lange zum System ausgebildet, das nach seinem Hauptförderer Kruppismus genannt werden kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130805-13/fragment/page=0001

Aber kein Kanzler und kein Minister denkt daran, dieses dem Staat sehr gefährliche und sehr kostspielige System zu bekämpfen. Im Gegenteil — das Kriegsministerium richtet gerade jetzt wieder förmliche Bittgesuche an die Industrie, doch verabschiedete Offiziere einzustellen. Es verhandelt sich eben so leicht und so „ritterlich" mit den „Herren Kameraden"!

### „Staatsgewalt" gegen Massenstreik!

Die Junker als die geborenen Herren der „Autorität" sind entsetzt über die Diskussion in den Reihen der Arbeiterklasse zum Massenstreik. Sie zetern sofort über Rebellion und Revolution und schreien nach — Staatshilfe. So sagt der Abg. Oertel in seiner D. L.-Z.:

Die Sozialdemokratie ist darin vollkommen einig, daß sie gegebenenfalls zum Massenstreik schreiten will, obwohl oder vielmehr weil sie weiß, daß ein Massenstreik schließlich zur Revolution werden wird und werden muß. (Hu! Hu!) Die Sozialdemokratie erzieht also bewußt und offenkundig die Massen für diese Möglichkeit. Sie trägt keine Bedenken, die Frage in aller Oeffentlichkeit zu erörtern. Daß dies geschieht und geschehen kann, ist ein überaus bedenkliches Zeichen der Zeit. Die Vertreter der Staatsgewalt würden pflichtwidrig handeln, wenn sie es unterließen, auch ihrerseits diese Entwicklung in Betracht zu ziehen und ihr allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln vorzubeugen.

Gut. Aber bitte: was soll die „Staatsgewalt" machen? Soll sie jeden einsperren, der über Massenstreik redet oder schreibt? Oder soll man ihn ins Junkerparadies Ostelbien verbannen, allwo ihm — vielleicht als Landarbeiter — die Reitpeitsche der Itzenplitze und Zitzewitze die „Staatsnotwendigkeiten" und die „preußische Zucht" beibringen soll? Herr Abg. Oertel. Sie sind doch sonst nicht so schüchtern; warum geben Sie nicht die genauen „Vorbeugungsmittel" an?

### Die Entwicklung zur Dreadnoughtflotte.

In den letzten Tagen des Monats Juli hat sich, wie dem Vorwärts aus Kiel gemeldet wird, im Kieler Kriegshafen ganz in der Stille ein Ereignis abgespielt, das mit blendendem Licht den Wahnwitz unserer Rüstung zu Wasser beleuchtet. Das Linienschiff Braunschweig hat außer Dienst gestellt werden müssen. Es scheidet aus der Hochseeflotte aus und wird in die Reserveflotte geschoben. Mit Braunschweig scheidet das älteste Linienschiff aus der Hochseeflotte. Das Wort alt hat hier aber keinen Sinn mehr. Das Linienschiff Braunschweig hat nämlich erst neun Dienstjahre hinter sich; es lief Ende 1902 vom Stapel und wurde im September 1904 in Dienst gestellt. Nach einer Dienstzeit von neun Jahren fast so gut wie zum alten Eisen geworfen, denn das bedeutet die Einstellung in die Reserveflotte. Das Schiff wird jetzt in dem Kirchhof der Werft — so hat der Arbeiterwitz den Werfthafen genannt, in dem die außer Dienst gestellten Schiffe liegen — von der kurzen Hochseeherrlichkeit träumen, zusammen mit manchem anderen Schiff, das ebenso wie die Braunschweig vor gar nicht langer Zeit noch als Zierde der deutschen Flotte galt. Und das deutsche Volk kann sich nur beglückwünschen, wenn diese vergangene Flottenherrlichkeit nie aus dem stillen Werftfriedhof herausgeholt würde, denn das würde Krieg bedeuten.

Stab und Besatzung von der Braunschweig gehen auf das neu in Dienst tretende Turbinen-Linienschiff König Albert über. Mit König Albert tritt der zwölfte Dreadnought in die deutsche Flotte ein. Das vor neun Jahren in Dienst gestellte Linienschiff Braunschweig hatte eine Wasserverdrängung von 13 2000 Tonnen. Deplacement und Kosten eines Linienschiffs haben sich seit der Indienststellung der Braunschweig beinahe verdoppelt, und die artilleristische Ausrüstung ist an Zahl und Kaliberstärke bedeutend gewachsen. Wahrlich, unsere Panzerplatten- und Kanonenaktionäre können zufrieden sein für reichlichen Dividendensegen sorgt nicht nur die Vermehrung, sondern auch besonders die Verdickung der Flotte.

### Vorarbeiten für den Reichstag.

Aus Berlin wird gemeldet, daß bei den Regierungsstellen bereits emsig an neuen Reichstagsvorlagen gearbeitet wird. Ein Entwurf über eine Neuregelung der Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsangestellten im Reiche ist im Reichsjustizamt bereits fertiggestellt, so daß anzunehmen ist, daß die Vorlage im Herbst dem Bundesrat und im Laufe dieses Winters dem Parlamente zur Durchberatung vorgelegt werden kann. In dem Entwurfe werden in der Hauptsache die Urlaubsverhältnisse der Angestellten, die geeignete Fortbildung der Lehrlinge, die Frage der Fortzahlung des Lohnes bei unverschuldeter Dienstversäumnis geregelt. Dann wird ein Entwurf zur Abänderung des geltenden deutschen Wechselrechts, der auf Grund der geschlossenen internationalen Vereinbarung einer Abänderung des geltenden deutschen Wechselrechts vorliegt, dem Bundesrat und danach dem Reichstag im nächsten Winter beschäftigen. Weiter dürfte der Gesetzentwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen, der dem preußischen Staatsministerium bereits zugegangen ist, aller Voraussicht nach zu den gesetzgeberischen Aufgaben gehören, die an das Reichsparlament im nächsten Winter herantreten. In dem Entwurfe ist sowohl die Regelung der Personen- wie auch der Sachschäden vorgesehen, wobei beabsichtigt ist, die Bestimmung über die Haftung für Personenschäden an Stelle der Vorschriften des Gesetzes vom 7. Juni 1871 treten zu lassen. In Vorbereitung befindet sich dann eine Abänderung des Zwangsversteigerungsgesetzes.

Die Versorgungsabteilung des preußischen Kriegsministeriums ist mit der Ausarbeitung neuer Bestimmungen über die Entschädigung derjenigen Kapitulanten des Heeres beschäftigt, die gegen den Verzicht auf den Zivilversorgungsschein einen Geldbetrag wählen. Diese Neuregelung soll dem Parlamente in Gestalt einer Vorlage zusammen mit dem Haushalt von 1914 zugehen. Es sollen, wie eine militärische Nachrichtenstelle erfährt, hiernach u. a. auch ausscheidende Unteroffiziere, die nicht die volle zwölfjährige, zum Empfang von 3000 Mk. in bar berechtigende Dienstzeit haben, künftighin in den Genuß einer Dienstprämie von vielleicht 500 Mk. nach sechs- bis achtjähriger Dienstzeit gelangen. Ebenso will man den Fall der älteren Unteroffiziere neu regeln, die erheblich über zwölf (und achtzehn) Dienstjahre im Heere verbleiben. Es sollen insbesondere die Bezirksfeldwebel günstiger als bisher gestellt werden.

### Unverschämte Zölle auf Gemüse.

Bekanntlich werden in den nächsten Jahren neue Handelsverträge fällig, zu denen ein neuer Zolltarif aufgestellt werden wird. In den agrarischen Blättern werden jetzt die Forderungen der deutschen Gärtnerunternehmer zu dem neuen Zolltarif bekannt gemacht. Was die Gärtner hier verlangen, kann an Unverfrorenheit nicht mehr leicht übertroffen werden. Zunächst wünschen sie, daß der Kartoffelzoll, der jetzt in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli 2,50 Mk. pro Doppelzentner beträgt, auf 6 Mk. erhöht werden soll. Die Tarifnummer 33, die Gemüse betrifft, soll nach den Wünschen der Gärtner in nicht weniger als zwölf Unterabteilungen zerlegt werden. Für Küchengewächse besteht ein Zoll von 2,50 Mk. bis 4 Mk. Die Gärtner wünschen, daß der Zoll auf alle Koblarten auf 20 Mk. erhöht werden soll. Schwarzwurzeln sind gegenwärtig frei; es soll ein Zoll festgesetzt werden von 30 Mk. Der Zoll auf Erbsen soll erhöht werden von 10 auf 20 Mk., der Zoll auf Gurken von 4 auf 20 Mk., der Zoll auf Salat von 4 auf 30 Mk. Gewächse zu Bindereien sind gegenwärtig frei, hier wird ein Zollsatz verlangt von 200 Mk. Der Zoll auf Samen beträgt 4 Mk., nach den Wünschen der Gemüse-Agrarier soll er auf 10 Mk. erhöht werden.

Diese Zollsätze würden ganz selbstverständlich eine ganz erhebliche Verteuerung des zur Volksernährung unbedingt notwendigen Gemüses bedeuten. Die Deutsche Tageszeitung wird natürlich behaupten, daß die Gärtner nicht der Bund der Landwirte seien. Das ist zweifellos richtig; aber der Bund der Landwirte ist es gewesen, der seit Jahren den Gärtnern nahelegt, daß sie hohe Zölle verlangen müßten, und die unverschämten Forderungen, die hier von den Gärtnern aufgestellt werden, sind das Produkt der Bearbeitung durch die Bündler. Dieser Auftakt für die künftigen Forderungen zum Zolltarif läßt erkennen, wessen man sich von den Agrariern zu versehen hat und es wird eine unabweisbare Notwendigkeit sein, rechtzeitig in die Abwehr dieser neuen Angriffe auf den Geldbeutel der Massen einzutreten.

## Deutsches Reich.

— **Die Militärpflicht der Auslandstruppen.** Das Gesetz über die Staatsangehörigkeit regelt auch die Militärverhältnisse der im Ausland lebenden Deutschen. Unter bestimmten Umständen kann von jetzt ab ein Deutscher von der Ausübung der Militärpflicht entbunden werden. Militärpflichtige, die sich in einem außereuropäischen Lande eine feste Stellung als Kaufmann, Gewerbetreibender usw. erworben haben, können nämlich nach Ablauf der Frist, für die sie zurückgestellt sind, frühestens jedoch nach Ablauf des vierten Dienstpflichtjahres auf ihr Ansuchen durch die Ersatzbehörde dritter Instanz dem Landsturm ersten Aufgebots überwiesen werden. Diese Vergünstigung darf jedoch den Militärpflichtigen nur gewährt werden, wenn bei Ableistung der aktiven Dienstpflicht, sei es im Reichsgebiete, sei es in einem Schutzgebiet, ihre Stellung oder ihr in dem außereuropäischen Lande angelegtes Vermögen gefährdet sein würde, auch kein Anhalt dafür vorliegt, daß die Voraussetzungen der Ueberweisung zum Landsturm zur Umgehung der Dienstpflicht herbeigeführt wird. — Diese Erleichterung wird allerdings in der Regel nur Sprößlingen kapitalistischer Kreise zugute kommen.

— **Die Vertagung des Erfurter Reservisten-Prozesses.** Ueber die Ursachen der Vertagung des Termins, der auf den 1. August vor dem Oberkriegsgericht in Kassel angesetzt war, wird mitgeteilt, daß es sich um einen Antrag der Verteidiger handelt. Die Verteidiger wollen neues Beweismaterial beibringen und außerdem eine Anzahl Sachverständiger vernehmen lassen. Der neue Termin soll erst im November stattfinden. — Man rechnet damit, daß bis dahin der Bundesrat seine Zustimmung zu dem vom Reichstag angenommenen Notgesetz gegeben haben wird. Bedauerlich bleibt allerdings, daß die Verurteilten diese lange Zeit in Haft bleiben müssen. Oder wird die Militärbehörde die armen Schächer aus der Untersuchungshaft entlassen?

— **Was schadet dem guten Rufe des Militärs?** Der zivile Bürger wird vielleicht denken: Soldaten-Mißhandlungen, heroisches Auftreten gegen das Zivilstrafvolk, Kornwalzerprozesse und dergleichen. Das Breslauer Kriegsgericht hat aber noch einen ganz anderen Umstand gefunden, der dem guten Ruf des Militärs schadet, nämlich den, daß ein Musketier das Vereinsfest der Freien Turnerschaft besucht. Diese Sünde hatte sich der Musketier Günther aus Oppeln zuschulden kommen lassen, der vor seiner Militärzeit Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes war. Ein Standgericht verurteilte ihn zunächst zu einer Woche Mittelarrest, der Gerichtsherr legte aber Berufung ein und erreichte auch, daß das Kriegsgericht in Breslau die Strafe auf drei Wochen heraufsetzte. Der Musketier Günther wurde als ein ordentlicher, williger Soldat geschildert, der nie hervorgetreten sei und der zum Gefreiten vorgeschlagen werden sollte. Aber das Gericht fand eben, daß „das Ansehen und der gute Ruf des Militärs" beim Publikum leiden, wenn es sieht, daß ein Soldat an einer sozialdemokratischen Veranstaltung teilnimmt."

— **Breslauer Arbeitswilligenschutz.** Wegen des Zurufs: „Ich werde Dir die Nase schon wischen, Lump" und ein paar ähnlichen Worten, die ein Klempner in Breslau zu einem Arbeitswilligen gemacht haben soll, erhielt der Organisierte von der Breslauer Strafkammer zwei Wochen Gefängnis zudiktiert. „Erschwerend ist," sagte der Vorsitzende bei Begründung des Urteils, „daß der Angeklagte in ziemlich gemeiner Weise (!) in die freie Willensbestimmung eines Menschen einzugreifen versucht habe. Solche Ausschreitungen dürfen nicht milde gesühnt werden". — Breslauer Praxis.

## Oesterreich-Ungarn.

**Der Kampf gegen den böhmischen Staatsstreich. Die Landesparteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen erläßt einen Aufruf an das deutsche arbeitende Volk Böhmens, in dem es u. a. heißt:**

„Die Verfassung des Landes Böhmen liegt in Scherben. Der Landtag ist aufgelöst, die Beisitzer des Landesausschusses sind davongejagt, und der Landesausschuß existiert nicht mehr; das Land ist einer Kommission von unbekannten und unverantwortlichen Beamten ausgeliefert, an deren Spitze ein klerikaler und volksfremder Adeliger als unumschränkter Diktator walten wird. In Schmach und Schande ist diese Landesverfassung versunken, die vom Anbeginn an ein Rechtsraub war, ein Raub an dem Rechte des gesamten arbeitenden Volkes in diesem Lande, dessen Größe, Bedeutung und wirtschaftliche Wohlfahrt vor allem auf der Arbeit der breiten Volksmassen beruht."

Der Aufruf schildert dann die Schuld der unfähigen Regierung an den grenzenlos verfahrenen politischen Zuständen und zeigt auch die schwere Schuld der deutschbürgerlichen Parteien, indem sie sich schuldig machten mit ihrem schwöden und gehässigen Widerstand gegen die Wahlreform, die der arbeitenden Klasse Böhmens ihr Recht geben sollte. Der Aufruf schließt mit den Worten:

„Und so rufen wir euch, kampfgewohnte deutsche Arbeiter in Böhmen, zum Kampfe an für euer geheiligtes Recht! Nur euer Mut, nur eure Kraft wird die Zwingburgen des Unrechtes niederringen und der politischen und sozialen Entwicklung freie Bahn schaffen! Wohlan in den Kampf für das allgemeine und gleiche Recht jedes deutschen Arbeiters, in

# Sternickel.

**Im Vorwärts lesen wir folgende Betrachtungen:**

Der Mörder war barmherziger als der Staat! Ein feiger, gemeiner, hinterlistiger Mörder war er zwar, der seine Opfer von hinten, im Dunkeln anfprang wie ein Raubtier, aber er war immer noch barmherziger als der Staat. Denn Sternickel ließ seine Opfer wenigstens keine lange Todesfurcht ausstehen. Er ging mit Umsicht an die Arbeit, schwang das Beil oder warf die Schlinge, und ehe der Betroffene wußte, was, wieso und wie, war er schon hinüber. Der Staat aber ließ am 15. März Sternickel und seine Komplizen des Todes schuldig sprechen und erst am 30. Juli das Urteil ausführen. Hundertsiebenundzwanzig Tage gingen vorüber, die schlimmer waren als ebensoviele Jahre Zuchthaus, hundertsiebenundzwanzig Tage, an deren jedem hundertmal im Korridor tappende Schritte den alten Mörder kamt den jungen Gesellen, die er ins dunkle Verderben hineingerissen, in dem Gedanken zusammenfahren ließ: Jetzt, jetzt kommt man, dir's für morgen früh anzukündigen! Und hundertmal am Tage war es nichts, und es kam ein neuer Tag mit denselben Schritten auf dem Korridor und demselben Zusammenfahren und derselben Angst — wie gründlich haben auch die beiden Begnadigten alle Schrecken der Todesstrafe auszukosten bekommen!

Aus dem Kopf aber, den man unter einer widerlichen Zeremonie mit einem Schlächterbeil vom Rumpfe getrennt hat, nehmen sie jetzt das Gehirn heraus, die hochgelahrten Herren Professoren, legen es auf eine saubere Glasplatte und fahren mit Pinzetten in den Nerven und Fasern umher, um so vielleicht hinter das psychologische Rätsel dieses Verlorenen zu kommen, der Tauben hegte und Menschen würgte. Vergebliches Beginnen! Sie mögen wohl hier und da in dem Gehirn ein Knötchen finden oder eine Ausbuchtung, die in dem Schädelinhalt eines Kanzleirats nicht vorkommt, und weise dozieren, daß hier der Sitz von Sternickels verbrecherischen Instinkten sei, aber wie wenig erklärt man damit, warum dieser Müllersknecht immer wieder wie ein Wolf in die Hürde der Satten und Sorglosen eingebrochen ist. Ein geborener Verbrecher! sagen die Kriminal-Anthropologen. Gewiß, zugegeben, aber wo wurzeln die Ursachen, die im Mutterleib schon diesem Menschen den Beruf einprägten, zu morden? Mag die Gesellschaft sich an ihm selber wenig verfündigt haben, so hat sie doch an seinen Eltern, seinen Großeltern oder an irgend einem Ahnen gefrevelt und bei dem Enkel brachen jetzt die bösen Instinkte, die sie jenem eingeflößt, vererbt durch die Kette des Blutes, wieder fürchterlich durch. „Das Milieu ist Miterzeuger des Endogenen, des Angeborenen!" sagt mit Recht der frühere Dresdner Staatsanwalt Wulffen in seiner Psychologie des Verbrechens. Und in der Tat! Ihr, die ihr den entscheidenden Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse auf das Verbrechen leugnet und euch mit dem Schlagwort von dem geborenen Verbrecher behelft, schaut euch auf dem düsteren Stammbaum derer um, für die ihr das Richtbeil bereit haltet, und ihr werdet entdecken, wie aus dem sozialen Milieu der Vorfahren die Entartung der Nachgeborenen entspringt!

Nicht durch das Hirn des einzelnen Mörders, sondern durch die Gesellschaftsordnung sollten darum die Herren Professoren den Querschnitt machen, um das Wesen des Verbrechens zu enträtseln. Um Sternickel selbst handelt es sich gar nicht. Sternickel ist nur das Werkzeug einer blind und unerbittlich daherschreitenden Gesetzmäßigkeit, denn die Statistik zeigt, daß mit schauerlicher Genauigkeit auf einem Gebiet von so und soviel Quadratmeilen mit der und der Einwohnerziffer Jahr für Jahr so und soviele Diebstähle vorfallen, so und soviele Körperverletzungen und so und soviele Morde. Es ist eine feststehende Zahl, die nur geringen Schwankungen unterliegt, Schwankungen, die wieder ihre Gesetzmäßigkeit haben. Selbst die amtliche Kriminalstatistik gibt den gewaltigen Einfluß der Lebensmittelpreise auf die Verbrechensziffer zu. Steigen die Brotpreise, dann — so züchtet die agrarische Zollpolitik das Verbrechen! — schnellt auch die Kurve der Eigentumsvergehen in die Höhe. Sinken die Preise, so bleiben Tausende mehr als vorher in Reih und Glied der bürgerlichen Ordnung. Weiß man es nun vorher, daß im nächsten Jahre so und sovielen Mitmenschen durch die Zustände unserer Gesellschaftsordnung die Mordwaffe in die Hand gedrückt wird und daß kein kleiner Katechismus dawider hilft und kein Strafgesetzbuch, dann muß man dem Staat auch den Beruf absprechen, zu richten über die armen Schächer, die nur Opfer der von ihm geschützten Gesellschaftsordnung sind. „Der Verbrecher", sagte einst schon Bettine von Arnim, „ist des Staates eigenstes Verbrechen", und mit jedem Menschen, den er aufs Schafott schickt, richtet der Staat sich selbst.

Die Todesstrafe vollends erscheint in diesem Lichte als die sinnloseste aller Barbareien und als die barbarischste aller Sinnlosigkeiten. Selbst wer kein Schwärmer für Block und Beil ist, mag in dem Falle Sternickels leicht sich der Meinung zuneigen, daß ein Kopf, in dem so scheußliche Triebe ungehemmt aufschossen, nirgends schlechter am Platze war als zwischen den Schultern seines Trägers, aber gerade in einem solchen Falle gilt es, unsere grundfälsche Verwerfung der Todesstrafe doppelt zu unterstreichen. Die Todesstrafe entspricht der feudalen Rechtsauffassung, denn diese sieht in dem Menschen nur das Privateigentum des Potentaten, mit dem er schalten und walten durfte wie mit den Exemplaren einer Schafherde. Am besten kam diese Auffassung in dem mittelalterlichen Brauch zum Ausdruck, der einen zum Tode Verurteilten durch seine Begnadigung zum Leibeigenen des begnadigenden Fürsten werden ließ. Die Verfechter des feudalen Staatswesens, die ostelbischen Junker, sind deshalb allezeit mit Fanatismus für die Tätigkeit des Henkers eingetreten. Bismarck wollte, als bei der Beratung des Strafgesetzbuches 1870 der Reichstag des Norddeutschen Bundes die Todesstrafe gestrichen hatte, eher das ganze Gesetz scheitern lassen, als auf den Scharfrichter verzichten, und mit pfäffischem Zynismus nannte die Kreuzzeitung damals die Beseitigung der Todesstrafe eine „Entgöttlichung der staatlichen Rechtsordnung". So haben auch jetzt die Gemütsmenschen der Deutschen Tageszeitung fast Zähren der Wehmut vergossen, weil am Mittwoch in Frankfurt a. O. statt dreier Köpfe nur einer gefallen ist.

Im Gegensatz zum Junkertum war die bürgerliche Klasse nie besonders für die Todesstrafe eingenommen, denn der Kapitalismus schwärmt für eine Strafe, die in Profit umzumünzen ist, und so entstanden fast gleichzeitig mit den modernen Fabriken die modernen Massengefängnisse; in beiden mußten die Insassen für andere hart und schwer arbeiten. Aus den Reihen der bürgerlichen Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts erklangen auch die schärfsten Proteste gegen die Strafen an Leib und Leben, und niemand hat zutreffendere Worte gegen ihren verbrecherischen Wahnwitz gefunden, als Robespiere, der dann freilich aus politischen Gründen dazu überging, das in Frankreich üppig wuchernde feudale Gestrüpp mit der Guillotine wegzurasieren. Auch in dem deutschen Revolutionsjahr 1848 wurde Sturm gelaufen gegen die Todesstrafe, aber auch in der Verfechtung dieser Kulturforderung ist, je mehr ihr revolutionärer Spiritus verflog, die deutsche Bourgeoisie immer lascher geworden, und ab und zu tauchen bei einer Rundfrage sogar Intellektuelle, Künstler und Dichter auf, die in dieser mittelalterlichen Barbarei eine auserlesene Blüte unserer Kultur sehen.

Die sozialistisch gesinnte Arbeiterklasse dagegen bekämpft aus prinzipiellen, aus ethischen und aus praktischen Gründen die Todesstrafe auf das erbitterste. Als 1871 die Kommune auf dem Pariser Rathaus die rote Fahne hißte, war eine ihrer ersten Handlungen, daß sie die Guillotine feierlich auf öffentlichem Platze verbrennen ließ. Denn die Kultur, der zum Siege zu verhelfen Aufgabe des Sozialismus ist, war von Anfang an tief durchdrungen von der Erkenntnis, daß es auf Erden nichts Wertvolleres gibt als ein Menschenleben.

Mit jenem Engländer sagen wir: „Der schlechteste Gebrauch, den man von einem Menschen machen kann, ist, ihn aufzuhängen." Oder ihn, wie in Deutschland, zu köpfen.

Und das gilt letzten Endes auch für einen Sternickel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130805-13/fragment/page=0002

den Kampf gegen Regierungs-Absolutismus, gegen nationalistische Frivolität, gegen Klassenhochmut und Klassenüberhebung, gegen alle Unrechte und Pribilegien!"

## Frankreich.

**Sozialistische Wahlerfolge.** Nach den bisher eingegangenen Meldungen haben die am gestrigen Sonntage vorgenommenen Ergänzungswahlen für eine Anzahl von Generalräten keine wesenliche Aenderung in dem bisherigen Besitzstande herbeigeführt. Nur im Departement Var gewannen die Sozialisten mehrere Sitze von den Radikalen. Unter den Gewählten befinden sich Ministerpräsident Barthou, Marineminister Baudin, Minister für Arbeit und soziale Fürsorge Chéron und der Präsident der Deputiertenkammer Deschanel.

**Der Militarismus erschöpft das Volk.** Für die aufgestellten Regimenter und Schiffe können nicht genug Leute gefunden werden. In einem Artikel in der Autorité bespricht Paul Cassagnac die Lage der französischen Armee und Marine und erklärt: „Es fehlen 1800 Leutnants in der französischen Armee. Einige Regimenter haben nur ein Drittel der etatsmäßigen Stärke an Offizieren. In der Marine ist es noch schlimmer. Es fehlen der französischen Marine so viel Leute, daß kein einziges französisches Panzerschiff die reglementäre Effektivstärke besitzt. Im allgemeinen fehlen 100 bis 150 Mann an der Besatzung jeden Schiffes."

## England.

**Die B. S. P. und die sozialistische Einigkeit.** Man schreibt uns aus London: Die laufende Nummer der Justice enthält die Mitteilung, daß sich der Vorstand der Britischen Sozialistischen Partei am Sonntag mit den Vorschlägen der unter den Auspizien des Internationalen Bureaus stattgefundenen englischen Einigungskonferenz befaßt hat. Nach einer Diskussion wurde beschlossen, die Einladung zur Teilnahme an einer weiteren Konferenz im November anzunehmen, aber daß der Vorstand dadurch weder sich selbst noch die B. S. P. binden würde. Die Resultate der Konferenz werden notwendig einer demokratischen Abstimmung der Parteimitgliedschaft unterbreitet werden müssen.

Diese Stellungnahme darf als durchaus korrekt und ziemlich hoffnungsvoll bezeichnet werden. Inzwischen hat in der Justice bereits eine sachliche Diskussion der Frage der sozialistischen Einigkeit und des Anschlusses der B. S. P. an die Arbeiterpartei begonnen, die geeignet ist, die Ansichten zu klären und die Parteimitgliedschaft für die Entscheidung vorzubereiten.

**James Haslam gestorben.** Nach längerer Krankheit ist der englische Arbeiterabgeordnete James Haslam im Alter von 71 Jahren gestorben. Er war der Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes der Grafschaft Derbyshire, und gehörte als Abgeordneter des Wahlkreises Chesterfield der Bergarbeitergruppe des Unterhauses an. Er gehörte in jeder Beziehung zur alten Schule des englischen Trade-Unionismus, die wirtschaftlich den finanziellen Ausbau der Organisation und ein möglichst friedliches Verhältnis zu den Unternehmern erstrebte und politisch dem Liberalismus zuneigte. In diesem Sinne hat er für seine Organisation hingebungsvoll gewirkt und sie mit der Zeit zum reichsten Distriktsverband Großbritanniens gemacht. Er war einer der Gründer des britischen Bergarbeiterverbandes, und als dieser den Anschluß an die Arbeiterpartei vollzog, trat auch er von der liberalen Partei zur Arbeiterfraktion des Unterhauses über. Im Parlament trat er nicht hervorragend auf.

### Politische Auslandsnachrichten.

Amsterdam, 3. August. Der Zentralvorstand der sozialistischen Partei hat beschlossen, einen außerordentlichen Kongreß für den 9. und 10. August einzuberufen, um zu entscheiden, ob die Sozialisten Portefeuilles im neuen Kabinett annehmen sollen oder nicht.

Mailand, 4. August. Eine von 7000 Arbeitern besuchte Versammlung beschloß den Generalstreik auf unbestimmte Zeit mit Beginn von heute ab.

Johannesburg, 4. August. Die südafrikanische Arbeiterpartei hat ein Manifest veröffentlicht, in dem sie erklärt, durch die Weigerung der Minenherren, die Gewerkschaften anders als unter törichten und beleidigenden Bedingungen anzuerkennen, sei die Tür zu zukünftigen Verhandlungen verschlossen worden. Trotzdem würden sich die Arbeiter, weder zur Unterwerfung zwingen, noch zu Gewalttätigkeiten provozieren lassen.

Lemberg, 4. August. Von der russischen Grenzwache in Chocin wurden sechs paßlose Landleute, die nach Oesterreich hinübergehen wollten, beschossen. Drei wurden tödlich getroffen, drei ertranken, als sie den Grenzfluß durchschwimmen wollten.

Der Krieg in Venezuela. Expräsident Castro hat eine Proklamation erlassen, in der er in den schärfsten Worten den Krieg an den jetzigen Präsidenten von Venezuela, Gomez, erklärt. Er wolle mit Hilfe von befreundeten Mächten auf der Grundlage der Gerechtigkeit Venezuela „die Segungen der Kultur und der Zivilisation wieder zu geben". Dafür rufe er die Bürger Venezuelas zu den Waffen. — Es bestätigt sich, daß Coro von den Leuten Castros genommen wurde und daß man den dortigen Gouverneur zum Gefangenen machte. — Die gegenwärtige Regierung sammelt die Mannschaften zu einer großen Truppenmacht, um Castro gleich in der ersten Schlacht zu erdrücken. Präsident Gomez kommandiert sie selbst.

## Die Verständigungsaktion auf dem Balkan.

Die Bukarester Friedenskonferenz setzt ihre Verständigungsbemühungen, nachdem der vorläufige Waffenstillstand überall durchgeführt ist, beharrlich fort. Sie würde auch ohne weiteres zu einem guten Ende kommen, wenn die — Festsetzung der Grenzen nicht alle Partner recht egoistisch und habgierig erwies. In der Sonntag-Beratung der Delegierten der Verbündeten mit denen der Bulgaren versuchte man zu einer Einigung über die beiderseitigen Vorschläge zu gelangen. Die Beratungen endeten aber ohne endgültiges Ergebnis. Die Griechen bestehen weiterhin auf Kavalla, ebenso die Bulgaren. Die Serben schlagen eine neue Westgrenze vor, ausgehend von dem Punkte, wo die Wasserscheide der Bregalnitza und der Struma die alte bulgarisch-türkische Grenze berührt, dann die Wasserscheide entlang im Süden in das Tal der Strumitza, dann westlich anschließend an die Grenze des ersten Vorschlages. Die Bulgaren lehnten dies ab. Montag vormittag wird von rumänischer Seite in der Konferenz der Vorschlag auf Verlängerung der Waffenruhe um drei Tage gemacht werden.

Bulgarien hat sich mit Rumänien inzwischen verständigt. Am Sonntag früh fand eine Konferenz der bulgarischen und rumänischen Delegierten statt. Nach einer längeren Beratung kam es zu einer Einigung unter den beiden Parteien über die drei Punkte, die von Rumänien in der Note am 21. Juli formiert worden waren. Der Verlauf der neuen Grenze wurde durch die militärischen Delegierten festgestellt. Sie beginnt 12 Kilometer unterhalb von Baltschik auf dem ersten Hügel, der auf der Karte mit der Höenangabe 252 bezeichnet ist, läuft dann in einer Entfernung von 10 Kilometern südlich von Dobritsch vorüber und endigt 9 Kilometer westlich von Turtukai bei dem Dorfe Tourkhymil. An einigen Punkten reicht die neue Grenze gemäß der topographischen Eigenart um 15 bis 16 Kilometer von der geraden Linie nach Westen ab. Ferner verpflichtet sich Bulgarien, die Befestigungen von Rustschuk und Schumla zu schleifen und keine neuen Befestigungen in dem dazwischenliegenden Gebiete und in einem Umkreise von 20 Kilometern von Baltschik herum anzulegen.

Konstantinopel, 3. August. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß alle Aussicht vorhanden sei, daß sich Bulgarien mit der Türkei baldigst verständigen werde, und daß eine Annäherung Bulgariens an Altserbien gänzlich ausgeschlossen sei. — Eine offizielle bulgarische Persönlichkeit soll gesagt haben, die bulgarische Armee sei vollständig demoralisiert und müsse deshalb sofort demobilisiert werden.

Belgrad, 3. August. Der Generalstab beschuldigt neuerdings die Bulgaren, daß dieselben fortfahren, das Volkerrecht zu verletzen. Sie respektieren keine Parlamentäre, treiben Mißbrauch mit der weißen Fahne, verüben noch immer Plünderungen an Privateigentum, beschießen Spitäler, verstümmeln Tote und Verwundete.

Livonowa, 3. August. In Djumaja haben die Bulgaren scheußliche Massakers verübt. Am Abend des 27. Juli ergriffen die Bulgaren die drei Brüder Fantis, den Lazar Konstantinu und den Thomas Karakosta als Geisel und schleppten sie nach Bulgarien. An demselben Abend töteten sie den kleinen Dimitri Dimtse, das Kind rumänischer Eltern, und den rumänischen Großgrundbesitzer Janaki Gransi, nachdem sie ihm 50 Napoleondor weggenommen und sein Grundstück angezündet hatten. Am 28. morgens plünderten sie den Markt und luden ihre Beute auf Lastautomobile und brachten sie nach Bulgarien. Um 6 Uhr abends legten sie Feuer an den Markt und verbrannten alle Kaufläden, darunter auch zwei Tabakdepots der Commercial-Gesellschaft. Am Abend des 29. erwürgten sie den Konstantin Chekas, die drei Karadjulis und den Panajotis Bezes. Ferner raubten sie dem Leiter der rumänischen Schule 50 Pfund, nachdem sie seine Mutter bedroht und mit ihrem Bajonette gestochen hatten. Hierauf legten sie an die Kirchen der Rumänen und der Griechen Feuer.

Das ist der Krieg — die gepriesene „Auffrischung der Völker", der „Wecker aller sittlichen Tugenden", das „Stahlbad der Kultur"!

## Aus der Partei.

### Teilnahme an bürgerlichen Veranstaltungen.

Ein Teil der bürgerlichen Presse nahm in der letzten Zeit wieder einmal die Gelegenheit wahr, die Sozialdemokratie zu verunglimpfen. Sie verbreitete die Lügenmär, anläßlich des Rabatt-Sparvereinstages in Würzburg habe der Lokalredakteur unseres dortigen Parteiblattes an dem Festessen und an dem dabei ausgebrachten Kaiserhoch teilgenommen. Unser Genosse Schmidt in Würzburg teilt nun mit, daß er als Lokalredakteur des Fränkischen Volksfreund in Würzburg es als seine Pflicht erachtet hatte, der Einladung der Rabatt-Sparvereinler, die an alle Tageszeitungen Würzburgs und auch an den Fränkischen Volksfreund ergangen war, Folge zu leisten. Er habe daher auch an der Abendveranstaltung teilgenommen, schon um den Schimpfereien, die sich die Rabatt-Sparvereinler auf ihren Tagungen gegen die Konsumvereine leisten, in der Presse entsprechend entgegentreten zu können. Als Genosse Schmidt zu dem sogenannten Festessen eintraf, war das Kaiserhoch jedoch längst verklungen. Es ist daher Schwindel, wenn behauptet wird, der Lokalredakteur des Fränkischen Volksfreund habe an dem Kaiserhoch der Rabatt-Sparvereinler teilgenommen.

Hoffentlich gewinnt nun Genosse Schmidt eine andere Auffassung von der „Pflicht, am Festessen der Rabatt-Sparvereinler teilzunehmen — und läßt in Zukunft die Herren unter sich.

### „Dissidenten sind Meineidsverdächtige".

In dem Bergarbeiterort Buer in Westfalen waren gegen eine ganze Reihe von Genossen Strafmandate wegen eines nicht genehmigten Maiumzuges verhängt worden. In der folgenden richterlichen Verhandlung standen die eidlichen Aussagen einer ganzen Reihe Zivilzeugen im auffälligen Gegensatz zu der alleinigen Aussage des Polizisten John aus Buer. Aus diesem Umstande heraus fühlte sich der Sergeant berufen, gegen alle Zivilzeugen Anzeige wegen Meineids zu erstatten. In seiner Anzeige gab der Mann der Meinung Ausdruck, daß allen Angeklagten schon deshalb ein Meineid zuzutrauen sei, weil sie Dissidenten seien. Eine Kritik dieser Polizistenkeckheit ging durch die gesamte Parteipresse. Eine Reihe von Blättern erhielten Anklage. Auch der verantwortliche Redakteur Franz von der Schlesischen Bergwacht hatte deshalb vor Gericht zu erscheinen. Da er selbst Dissident ist, wurde ihm die Vergünstigung des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zwar zuerkannt, trotzdem aber wurde er zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil in der Kritik der Schlesischen Bergwacht die Behauptung des Polizisten mit „Unverschämtheit" bezeichnet war.

## Gewerkschaftliches.

### Brutale Maßnahmen der Eisenkönige.

Der Verband der Eisenindustriellen hat, wie aus Hamburg gemeldet wird, an seine Mitglieder das Ersuchen gerichtet, während des Ausstandes keine Ausständigen oder Arbeitslosen einzustellen. Die Zuwiderhandelnden werden mit den statutarisch vorgeschriebenen Strafen bedroht.

### Aussperrung in den Brennebrwerken.

Die Aussperrung bei der Firma Gebr. Reichstein (Brennabor-Werke) in Brandenburg a. H. ist zur Tatsache geworden. Die Firma hat ausgesperrt, weil sie ohne Tarif nicht weiter arbeiten will. Die Arbeiter hatten aber lediglich die Kündigung des im Vorjahre abgeschlossenen Vertrages beschlossen. Die Firma verlangte von den Arbeitern, die Gründe kennen zu lernen, die zur Kündigung des Vertrages geführt haben, die Firma verlangte weiter neue Vorschläge. Die Arbeiter haben dann der Firma ihre Vorschläge unterbreitet. Die Firma hat aber nicht einen einzigen Punkt der Vorschläge akzeptiert. Die Arbeiter haben darauf beschlossen, lieber ohne Tarif zu arbeiten, als den von der Firma diktierten Tarif anzuerkennen.

### Der Streik der Hafenarbeiter in Emden.

dauert jetzt bereits 11 Wochen, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Die Situation im Kampfe hat sich im allgemeinen wenig geändert. Die Unternehmer haben es anscheinend auf die Zertrümmerung der Organisation abgesehen. Als Retter in der Not sind ihnen selbstverständlich die Christlichen zur Seite gesprungen. Beide, Unternehmer und Christliche, machen die verzweifeltsten Anstrengungen, um Arbeitswillige heranzuholen. Ein ganzer Stab christlicher Agitatoren lungert am Orte herum, um jede Gelegenheit zu erspähen, Streikbrecher anzuwerben. Der Erfolg scheint jedoch nicht sonderlich zu sein. Trotz aller Machinationen steht der Streik äußerst günstig und sind die Streikenden entschlossen, auszuharren in dem ihnen aufgezwungenen Kampf. Deshalb ist es nach wie vor Pflicht aller Arbeiter, Solidarität zu üben und sich nicht nach Emden locken zu lassen.

### Achtung, Fabrikarbeiter!

Die Firma Georg Bankel, Ofen- und Wandplattenfabrik in Laufa. B. hat am 31. Juli sämtliche bei der Firma beschäftigte Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Zuzug nach dort ist streng fernzuhalten.

### Die Gelben in rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Der Werkverein, das Essener Organ der Gelben, bringt eine Aufstellung über das Stärkeverhältnis der freien Gewerkschaften und der gelben Vereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften sind den Angaben der Gewerkschaftskartelle entnommen und zwar für das Jahr 1912; die Mitgliederzahlen der Gelben entsprechen dem Stand in den Bezirksverbänden im Juli 1913. Demnach zählten Mitglieder:

| | Freie Gewerksch. | Gelbe Werkver. |
|---|---|---|
| Essen | 15 657 | 14 000 |
| Gelsenkirchen | 5 627 | 3 400 |
| Dortmund | 11 234 | 3 800 |
| Oberhausen | 1 479 | 2 500 |
| Düsseldorf | 24 920 | 3 200 |
| Elberfeld-Barmen | 20 717 | 3 000 |
| Bochum | 4 538 | 9 000 |

Die Zahlen stimmen nicht ganz, immerhin ist der weiteren Entwicklung der gelben Vereine seitens der freien Gewerkschaften die größte Beachtung zu schenken. Um so mehr, als deren Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist und die Gelben mit den ihnen nahverwandten christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Vereinen bei Streiks der freien Verbände als Streikbrecher-Organisationen in Frage kommen.

## Briefkasten der Redaktion.

**Während der Ferienzeit** bitten wir ganz besonders, um Verzögerungen zu vermeiden, für die Redaktion bestimmte Briefe nicht an einzelne Genossen persönlich zu adressieren, sondern stets: An die Redaktion des Volksblatts zu richten.

**G. K. 99.** Wenn nicht extra vereinbart ist, daß Sie die Wohnung beim Ausziehen wieder frisch weißen müssen, genügt es, wenn die Wohnung besenrein ist.

**Nach Dölnitz.** Ein Arbeiter-Bandonion-Bund ist uns unbekannt.

**H. K. St.** 1. Wenn der Dienstvertrag Ihres Sohnes auf ein Jahr lautet, kann er vierteljährliche Kündigung beanspruch 2. Gilt das Kartoffelland mit als Lohn, dann steht Ihnen klagbares Recht zu. Ihre Arbeit können Sie sich bezahlen lassen. 3. Die Klage wird beim Amtsgericht Schraplau eingereicht.

**Vormund 125.** Es wird ratsam sein, sich beim Bezirkskommando Elberfeld genau zu erkundigen. Erreichen Sie dadurch Ihr Ziel nicht, wenden Sie sich an das deutsche Konsulat in London.

**L. H. 94.** Wir haben jetzt keine Zeit, die einzelnen Worte nachzuprüfen, darauf kommt es ja auch gar nicht an. Der Sinn ist bei beiden derselbe.

**Paul, L.** Liebenwerda ist ein Eisenmoorbad.

**M. B. 100** Das ist die türkische Regierung, die in festungsähnlichen Gebäuden ihren Sitz hat

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches Feuilleton und Vermischtes Paul Hennig, für Lokales und Provinzielles Gottlieb Kasparek, für die Anzeigen Wilhelm Herzig; Verleger Alfred Jähnig, sämtlich in Halle. — Druck der Hallescheu Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

**Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.**

PUCK
DIE NEUE QUALITÄTS-
3 Pfg.
CIGARETTE
*1302
GEBRÜ. A. JASMATZI A.-G. DRESDEN

Frauen-Schönheit
Stechenpferd-Seife
verleiht ein rosiges, jugendfrischer Antlitz und ein reiner, zarter, schönes Teint. Dies erzeugt die allein echte
die beste Lilienmilchseife v. Bergmann & Co., Radebeul. Stück 50 Pf. Überall zu haben.
Ferner macht der Lilienmilch-Cream „Dada" rote und spröde Haut in einer Nachtweiß u. sammetweich. Tube 30 Pf.
*1301

Raucht TAG-Zigaretten!
Tabakarbeiter-Genossenschaft E. G. m. b. H. Zigaretten-Fabrik, Stuttgart.
*1299
Hergestellt zu tariflichen Bedingungen von organisierten Arbeitern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130805-13/fragment/page=0003

# Bernh. Grunwald, Möbelfabrik, Halle,

Rathausstrasse 2 neben der Städtischen Sparkasse. — Mittelstrasse 5a 2274 ehemalige Schreibersche Reitbahn.

**Wohnungs-Einrichtungen** — reelle, gute Ausführung in jeder Preislage fertig am Lager. — Transport durch meine Wagen frei. — Auf Wunsch Katalog frei Haus.

---

## Walhalla-Theater

Anfang 8¼ Uhr.

4. Tag der Internationalen **Ringkampf-Konkurrenz**

Heute, Montag ringen:

**Paul Bahn,** Halle (Saale), gegen **Wetzel,** Deutschland,
**Carlos,** Portugal, gegen **Callons,** Luxemburg,
**Karrapini,** Italien, gegen **Otto Schwarz,** Berlin,
**Nitschke,** Deutschland, gegen **Damhofer,** Deutschland.

Vorher das glänzende Spezialitäten-Programm.

Tageskasse von 10—1½ und 4—6 Uhr. 2638

---

## Volkspark

Burgstr. 27. T.1107.

Morgen, Dienstag, 5. August, abends 8 Uhr:

**Garten-Konzert.**

Um gütige Unterstützung ersucht

2634 **Die Geschäftsleitung.**

---

## Presslers Berg

2639 Liebenauerstrasse 4.

Dienstag d. 5. August, abends 8 Uhr, im Garten:

**Italienisches Künstler-Konzert.**

---

Von der

## Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

sind bisher folgende Hefte erschienen:

Heft 1: **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen** von Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
Heft 2: **Das erste Lebensjahr** von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
Heft 3: **Gesundheitspflege des Nervensystems** von Dr. Hirschlaff. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
Heft 4: **Der Achtstundentag** von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
Heft 5: **Altersfürsorge und Arbeiterklasse** von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbroschüre.
Heft 6: **Das Schulkind** von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
Heft 7: **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten** von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
Heft 8: **Nahrung und Ernährung** von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter u. seine Familie.
Heft 9: **Wie sollen wir uns kleiden?** von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
Heft 10: **Der Arbeiterschutz** von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.
Heft 11: **Frauenleiden und deren Verhütung** v. Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang; Die Verhütung der Schwangerschaft.
Heft 12: **Vom medizinischen Aberglauben** von Dr. E. Thesing. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
Heft 13: **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters** von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
Heft 14: **Verhütung und Heilung des Stotterns** von L. Jordan. Mit einer Einleitung über Sprache und Sprachstörungen.
Heft 15: **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie** von Dr. Julian Marcuse.
Heft 16: **Zähne und Zahnpflege** von Gertrud Revald-Berlin.
Heft 17: **Bau- und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers** von Dr. Christellen-Berlin.
Heft 18: **Der Geschlechtstrieb.**
Heft 19: **Die Krankenpflege im Hause.** Von Joh. Kanker-Mannheim.
Heft 20: **Die Proletarierkrankheit.** Von Dr. Zadek-Berlin
Heft 21: **Atemgymnastik.** Mit zahlreichen Abbildungen. Von Otto Rühle.
Heft 22: **Haut- und Haarpflege.** Von Dr. B. Chajes, Berlin.
Heft 23: **Wie hüten wir uns vor Herzerkrankungen.** Von Dr. Eugen Rehfisch, Berlin.
Heft 24: **Die Hygiene der Arbeiterwohnung.** Von Hugo Hillig, Hamburg.
Heft 25: **Die Schmarotzer des Menschen.** Von Dr. A. Ligischütz.
Heft 26: **Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens.** Von Dr. Hans Schwerin, Arzt in Berlin
Heft 27: **Sport und Arbeiter.** Von Dr. R. Silberstein.
Heft 28: **Die Jahre der Geschlechtsreife.** Von Dr. Popitz, Leipzig.
Heft 29: **Vollsernährung.** Von Dr. Julian Marcuse. Sehr wichtig im Interesse einer rationellen Ernährung.
Heft 30: **Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf.** Von Dr. Zadek.
Heft 31: **Die Berufskrankheiten des Buchdruckers.** Von Dr. Silberstein.
Heft 32: **Die Arzneimittel und ihre Verwendung.** Von Dr. A. Lipschütz.
Heft 33: **Das Auge und seine Erkrankungen.** Von Doktor W. Seeligsohn, Augenarzt in Berlin.
Heft 34: **Die Berufskrankheiten der Glasarbeiter.** Von Dr. med. W. Hanauer.
Heft 35: **Neu! Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter.** Von Privatdozent Dr. med. A. Grotjahn
Heft 36: **Neu! Die Berufskrankheiten der Maurer und Bauarbeiter.** Von Dr. med. E. Thesing, Magdeburg.

**Preis für jedes Heft 20 Pf.**

Zu beziehen durch die

**Volksbuchhandlung,**

Halle a. S., Harz 42/43.

---

## Zentralverband der Handlungsgehilfen

Bezirk **Halle** (Saale). Geschäftsstelle: Harz 42/44.

Mittwoch den 6. August abends 8½ Uhr im Vereinslokal „Volkspark", Burgstraße 27:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Bezirkstag in Leipzig. 2637
2. Vereins-Angelegenheiten.

Im Anschluß daran: Gemütliches Beisammensein.

Um vollzähliges Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

---

## Sozialdemokrat. Verein Bitterfeld.

Nächsten Mittwoch, den 6. August abends Punkt 8½ Uhr, findet im Restaurant **„Hohenzollern"** unsere

## Mitglieder-Versammlung

statt. *1308

Tagesordnung:

1. **Die Tätigkeit unserer Fraktion im Reichstage.** Referent: Reichstagsabgeordneter Gustav Raute.
2. Verschiedenes.

Zu dieser wichtigen Versammlung sind alle Mitglieder dringend eingeladen. **Der Vorstand.** J. A.: Fr. Stammer.

---

## Delitzsch.

Dienstag den 5. August, abends 8½ Uhr im „Lindenhof":

## Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

**„Die Volksfürsorge."** *1305

Referent: Genosse **Richard Vietz, Kiel.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einberufer.**

---

## Makulatur

zu haben in der **Genossenschafts-Buchdruckerei.**

---

## Bekanntmachung.

**1. In der Zeit vom 16. bis 31. Juli 1913 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben oder angemeldet worden:** 1 vergold. Brosche mit Bild, 4 Geldtäschchen mit Inhalt, 2 vergold. Armbänder, 3 gold. Trauringe, 3 Schlüssel an einem Ringe, ein steifer Herrenhut, 2 Gehstöcke, 1 grüner Schal, 1 dunkles Umschlagetuch, 2 Handtücher, 1 braunleb. Geldbeutel, 1 weiße Trägerschürze, 1 Papyschachtel m. Wäsche und Papieren, 1 Rasiermesser, 2 schwarze Handtaschen mit Inhalt, 1 seidener Gürtel mit gelbem Schloß, 1 silbernes Armband, 1 silberne Herrenuhr, 1 Geldstück, 1 Gartenstuhl.

**2. In derselben Zeit wurden als verloren gemeldet:** 1 gold. Anhänger (gez. Lina), 1 gelbled. Geldtäschchen mit 18 M., 1 gold. Damenuhr ohne Ring, 1 gold. Damenuhr mit Sprungdeckel u. gold. Kette, 1 braunes Geldtäschchen mit 24,37 Mk. und 1 Fahrkarte nach Mühlheim (Rhein), 6 Schlüssel, 1 grausilb. Armband mit Sicherheitskette, 1 blaues gestrickt. Kinderjackett, 1 Damengeldtäschchen mit ungefähr 4 Mk. u. 1 Schlüssel, 1 gold. Perlenkette, 1 schwarzl. Geldtäschchen mit ungefähr 7 M., 1 weißes Perlengeldtäschchen mit 2 Zehnmarkstücken und Einzelgeld, 1 gold. Kettenarmband, 1 dunkelblaues Damenjackett mit 1 Taschentuch und 1 Schlüssel, 1 gold. Damenuhr (gez. H. S.) ohne Kette, 1 schwarzled. Handtasche mit 2 Schlüsseln u. 1 Klemmer, 1 Damenuhr (Stahlgehäuse), 1 Herren-Tennishemd u. 1 lilafarbener Schlips, 1 Füllfederhalter, 1 vergold. Herrenuhr (Nr. 644991) mit Bierzipfel (blau-weiß), 1 Geldtäschchen mit ungef. 20 Mk., 1 gold. Brosche m. kleiner Kette, 1 silb. Halskette mit rundem Anhänger, 1 schmales silb. Kettenarmband (Sicherheitskette fehlt), 1 20-Markstück, 1 goldene Uhr (Rückseite verziert) mit blau-gold-schwarz. Weinzipfel, 1 goldene Damenuhr, 1 graues Leder-Geldtäschchen m. ungef. 12 Mk., 1 gold. Damenuhr (gez. E. M.) m. silb. Kette, 1 braunleb. Geld-Täschchen m. 2 M., 1 schwarzleb. Handtasche nebst Geldtäschchen m. 9 M., 1 Füllfederhalter, 1 Visitenkarte uim., 1 gold. längl. Brosche, 1 silb. Filigranbrosche m. gelbem Stein, 1 gold. Kettenarmband, mehrere Bücher, 1 Geldtäschchen m. 29.70 M. und 1 Messer, 1 schwarz. Herrenschirm und 1 Stahl-Handuhr, 1 schwarz. gestricktes Umschlagtuch, 1 gold. Armband m. 17 Türkisen, 1 schwarzer Handbeutel m. 2 Schlüsseln, 1 schw. Damenschirm m. silb. Krücke, 1 weiße Perlenkette (gold. Schloß m. Brillanten besetzt), 1 rotes Täschchen m. 2 Schlüsseln, 30 Invalidenmarken zu je 32 Pf., 1 gold. Kneifer, 1 vergold. ovaler Anhänger m. Similistein u. Bild, 1 braunleb. Geldtäschchen m. über 5 M., 1 Zelluloidkneifer m. gold. Bügel, 1 schw. Dackelhündin m. braun. Pfoten, 1 dunkelbrauner Plüschhandbeutel (enth. 1 Schlüssel u. 1 Taschentuch), 1 schwarze Handtasche (enth. 1 weiße Richelieuarbeit), 1 roter Schlips m. Nadel, 1 goldene Halskette m. Anhängsel (rund, blauer Stein, innen zwei Bilder), 1 braunes Geldtäschchen mit ungefähr 7.65 Mark und mehreren Bildern, 1 silbernes Kettenarmband mit 2 Anhängseln, 1 schwarzlederne Handtasche mit 2 Schlüsseln, 1 Geldtäschchen mit ungefähr 40 M. und 1 Brief, 1 zweireihige Korallenhalskette, 1 graue Handtasche (enth. 1 Taschentuch und 1 Geldtäschchen mit 3 Mark), 1 goldenes Kettenarmband, 1 angefangene Nähtischdecke, 5 Vereinsabzeichen (Fleischer-Gesangverein, Braunschweig), 1 silberne Damenuhr mit Bierzipfel (schwarz-rot-gold), 1 braune Brieftasche mit Papieren, 1 Sparbuch Nr. 4947, 1 Brief (an die Stellenvermittl. des Aerzteverbandes in Leipzig), 1 Paket (enth. 1 Handarbeit, Schere, Fingerhut u. Garn), 1 dunkelled. Geldtäschchen mit ungef. 9 M. und einer 10 Pf.-Marke, 1 schw. Geldtäschchen mit ungef. 7 M., 1 silb. Schlüssel u. 1 Straßenbahn-Fahrscheinheft, 1 gold. Halskette m. Anhängern, (4 grüne Steine), 1 gold. Brosche (Spirale mit 6 Perlen), 1 gold. Brosche mit Brillant u. Rubinen, 1 silb. Damenuhr (gez. E. S.) mit langer Doublekette, 1 goldene ovale Brosche (Oberfläche graviert), 1 brauner Segeltuchbezug zu einer Handtasche.

Die unbekannten Eigentümer der unter 1 bezeichneten Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizei-Verwaltungs-Bureau, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 98, geltend zu machen.

Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

Halle (Saale), den 1. August 1913.

**Die Polizei-Verwaltung.**

---

## Wasch-Gefässe,

dauerhaft und billig, Lagerbestand über 600 Stück.
— Transport frei Haus. —
**Badewannen** von 3 Mk. an, **Waschwannen** von 5 Mk. an, **Brühfässer** m. Deckel v. 4 Mk. an, **Schlagfässer,** Stück 60, 75, 90 Pf.
**Böttcherei Schäfersheil,** 18 — dicht am Markt. — Gegründet 1883. —

---

## + Frauen! +

Bei Störung u. Unregelmäßigkeit wenden sich vertrauensvoll an Frau **P. Brune, Oberhausen** (Rhld.) Friedenstr. 14. *11

Auskunft kostenlos.

---

## Auktion.

Dienstag den 5. ds. Mts., **nachmittags 2 Uhr,** versteigere ich hier, **Alter Markt 4 (Altenburger Hof),** freiwillig meistbietend gegen Barzahlung verschiedenes kleines Restaurations-Inventar als:

**Gläser, Bestecke, Menagen, Dekorationen, Wandgemälde, Nischen, 4 eiserne Garderobeständer, Glas-Zigarrenschrank,** auch für andere Zwecke passend, **3 elektr. Kronen, ca. 100 Stück gute Tischdecken, 1 grüne Plüsch-Garnitur** mit 2 Sesseln, **1 mahagoni Rollpult, 2 Schreibtische, 2 Vertikos, 5 Kleiderschränke, 3 Sofas, 4 Waschtische** mit und ohne Marmorplatte, **5 Nachttischchen, Spiegel** mit und ohne Schränkchen, **15 Gebett Betten, 15 Bettstellen mit Matratzen, 3 Tische, 1 Waschmaschine, 2 Musik-Pedinas, 1 deutsche Schäferhündin** und viele andere Sachen.

Die Sachen sind gebraucht, doch sehr gut erhalten.

**Hugo Götze, Auktionator,**

*1307 Delitzscherstrasse 19, II.

---

## Apollo-Theater

2635 Abendlich vor **vollen Häusern:**

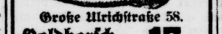
**„Prinz und Bettlerin"**

mit **Albert Hübener,** Kgl. Preuß. Schauspiel. a. D. als „Prinz Michael".

---

Dienstag wieder 1 Kühlwaggon

## Seefische in der Nordsee



Große Ulrichstraße 58.

**Goldbarsch** Pfd. **17** Pf.
**Seelachs** ohne Kopf Pfund **19** Pf.
**Bratschellfisch** Pfd. **19** Pf.
**Kabeljau** o. Kopf, Pfd. **25** Pf.
**Karbonaden** . Pfd. **32** Pf.
**Schellfisch** o. Kopf, Pfd. **32** Pf.
**Bratschollen** . Pfd. **32** Pf.
Sehr billig!
**Neue Vollheringe** 3 St. **20** Pf., 1 Dtzd. **75** Pf.
**Gr. Bratheringe** 3 St. **25** Pf.
**Pa. geräuch. Seelachs** ½ Pfund **20** Pf.
**Pa. geräuch. Schellfisch** Stück **5** Pf.
2636

---

Kein *1303

## Geheimmittel

sondern ärztl. erprobt u. begutachtet ist **Obermeyers Medizinal Herba-Seife** von anerkannt sicherer Wirkung bei **Flechten** aller Art. Fr. Marie Knobloch, München, schreibt: „Ihre Herba-Seife hat meine Mutter, die an trockner Schuppenflechte litt, nach kurzer Zeit von dem lästigen Uebel befreit".
Medizinal Herba-Seife a Stück 50 Pf., 30% stärker. Präp. Mk. 1.— überall haben, in all. Apoth., Drog., Parfüm.

---

## Himbeersaft

mit reinst. Raffinade eingekocht, per Pfund 50 ₰, bei 5 Pfund per Pfund 45 ₰ empfiehlt **Carl Boock, Breitestraße 1 u. Markt, Roter Turm.** 2640

---

2507 Morgen, Dienstag: **Schlachtefest.**
**M. Felsch,** Merseburgerstr. 53. Loeffs Hof. Fernruf 4480.

Jeden Dienstag **Schlachte-Fest.**
17 **O. Grabaum,** Mansfeldstraße 3.

Morgen u. jed. Dienstag 16 **Schlachtefest.**
**Joh. Fischer,** Große Goienstraße 39.

Morgen, Dienstag **Schlachtefest.**
**O. Kuoche,** *1306 Robert Franzstr. 7.

---

## Arbeitsmarkt

**Jeder strebsame Mann**

gleich welchen Standes, kann sich durch Uebernahme einer unserer Engros-Verkaufsstellen monatl. bis Mk. 300 Einkommen verschaffen. Keine Berufsaufgabe, a. Kenntn. u. Kapit. nicht erforderlich. Off. unt. **K. M. 9050** bef. die Ann.-Exp. **Rudolf Mosse, Köln.** *1304

---

## Irrigatoren

Irrigatorschläuche

**Irrigator-Garnituren**

Clysopomp., mod. Irrigatorspritzen.
*56 — Damenbedienung. —
**F. Hellwig, Halle** (Saale), Barfüsserstr. 10.
Fernruf 2600. Gegründet 1881.

---

**Waschgefäße,** dauerhaft, billigst.
**Zander,** Gr. Klausstraße 12.
*9 Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

---

Möbeltransporte jeder Art besorgt billig **K. Weihmann,** Bernhardystraße 35, Fernruf 1708. 2202

---

## Pfefferminztee „Minzin",

1398 vorzüglich für den Abendtisch, überall erhältlich, à Paket 10 Pf.

---

## Standesamtliche Nachrichten.

**Halle-Süd** (Steinweg 2), 2. Aug.

**Aufgeboten:** Fleischermeister Nickel und A. Skodowski (Halle und Fruckau). Kaufmann Anton und Elise Ifarth (Halle u. Magdeburg).

**Eheschließungen:** Schuhmacher Lonnecker u. Anna Voigt (Liebenauerstraße 11). Handlungsgehilfe Schreiber und Margarete Greb (Kellnerstraße 10a). Eisenbahngehilfe Raue und Margarete Mogk (Kampitz und Glauchaerstraße 3). Arbeiter Schneider und Ida Zborowski (Sophienstr. 40 u. Mettinerstraße 22). Kaufmann Lichtenfeld u. Margarete Bertram (Saalfeld und Merseburgerstr. 43). Schlosser Teike und Anna Bahn (Ludwigstraße 20). Raugterführer Fuge u. Klara Schstuck (Kannischestraße 11). Elektromonteur Biermann u. Martha Finger (Fleischerstraße 35 und Spitze 32). Arbeiter Mitsching u. Berta Küster (Beesen und Herbartstr. 4). Hausdiener Rühlemann und Minna Roß (Schillershof 10 und Halloren-straße 5). Schlosser Teller und Ida Grothe (Volksmannstraße 2). Schlosser Schulze und Else Lange (Delitzsch und Querfurt).

**Geboren:** Droschkenkutscher Meise S. (Salzstraße 1). Mechaniker Pretsch S. (Moritzzwingerstr. 5a). Buchhalter Bellstedt S. (Zwingerstraße 16).

**Gestorben.** Arbeiters Richter S., 3 Mon. (Angerweg 48). Postschaffner a. D. Büchel, 63 J. (Unterplan 11).

**Halle-Nord** (Gr. Brunnenstr. 3). 2. August.

**Eheschließungen** Kaufmann Leulentin und Minna Ehrlich Forlierstraße 42 und Reilstr. 23). Kondukt. Stahl und Frida Lohmann (Blumentalstraße 8 und Thüringerstraße 29). Arbeiter Brenner und Emma Fetisch (Gr. Brunnenstraße 26 und Gabelsbergerstraße 15). Hufschmied Schröder und Emma Jecke (Gr. Brunnenstraße 56). Militäranwärter Tiedtke u. Martha Better (Dessauerplatz 1 und Klosterstr. 4). Fensterputzer Schneider und Anna Diel (Georgstraße 14 und Eisdorf). Steiger Zimmer u. Lulie Bretsch (Streckau und Trotharerstraße 20). Institutsdiener Matthias und Helene Bruchmüller (Wielandstraße 30). Kesselwärter Nickel und Luise Scherf geb. Mohr (Dobergasse und Große Brunnenstraße 62). Schlosser Hoffmann und Martha Scholl (Gr. Brunnenstraße 38 und Dienia).

**Geboren:** Direktor Steinbrück aus Stettin S.

**Gestorben:** Arbeiter Rolle, 23 J. (Trotharerstr. 38). Schriftsetzers Mushacke S., 2 J. (Geiststraße 17). Arbeiters Horst aus Möglich T., 2 J. Invad. Steinsetzer Hollbach, 71 J. (Tristitz 17).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130805-13/fragment/page=0004

# Beilage zum Volksblatt.

Nr. 181 — Halle (Saale), Dienstag den 5. August 1913 — 24. Jahrg.

## Der Krupp-Prozeß.

Am Sonnabend, dem 3. Verhandlungstage, legte vor Eintritt in die Verhandlungen der Zeuge Brandt ein ärztliches Zeugnis vor, nach welchem seine Frau am Freitag abend völlig zusammengebrochen ist und erst in 48 Stunden wieder vernehmungsfähig sei. Weiter wurde ein Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Löwenstein verlesen, in dem dieser mitteilt, daß er Frau Brandt geraten habe, ihre verweigerte Aussage über eine etwaige Beeinflussung ihres Mannes nunmehr abzugeben. Er habe ihr übrigens früher im Hinblick darauf, daß einige der Angeklagten ihren Mann nach dessen Haftentlassung in seiner Wohnung in Rahnsdorf besucht haben, auf Befragen gesagt, sie möge sich streng an die Wahrheit halten; sie könne aber die Beantwortung von Fragen ablehnen, von denen sie befürchtet, daß daraus ihrem Manne Nachteile erwachsen müßten.

Der Verhandlungsleiter und auch der Vertreter der Anklage gingen auf Grund dieses Schreibens nunmehr scharf vorwurfsvoll gegen die Angeklagten vor, die bei ihrer Vernehmung über diesen Besuch hätten Mitteilung machen sollen. Zeugleutnant Schleuder erklärte, er habe mit dem Zeugleutnant Hinst einmal einen Ausflug nach dem Müggelsee unternommen. Dabei seien sie bei Rahnsdorf vorbeigekommen und Hinst habe vorgeschlagen, Frau Brandt zu besuchen. Beide hätten damals noch nicht gewußt, daß Brandt aus der Untersuchungshaft entlassen war. Der Besuch war aber Frau Brandt sehr unangenehm, weil sie befürchten mußte, daß Brandt beobachtet würde und wegen des Besuches nochmals in Haft genommen werden konnte. Sie haben nur über gleichgültige Dinge gesprochen. Aehnlich äußerte sich der Angeklagte Hinst über den Besuch. Beide hätten übrigens ihre Verteidiger hierüber nicht im Unklaren gelassen, und diese hätten durch Handbewegung ihnen zu verstehen gegeben, hierüber zu schweigen, da dies nicht zur Sache gehöre. — Die Verteidiger erklärten dies als ein Mißverständnis. — Die Angeklagten Hoge und Pfeiffer sind mit der Frau Brandt nicht in Verbindung getreten. — Der Anklagevertreter behauptete im weiteren Verlauf der Verhandlungen, daß nicht nur von der militärischen Anklagebank Beeinflussungen vorgenommen worden seien. — Der Angeklagte Tilian gab hierauf noch die Erklärung ab, daß auch er einmal Frau Brandt besucht habe, um sich nach „ihrem Befinden" zu erkundigen. Er habe hierüber geschwiegen, weil er glaubte, die Vernehmung habe sich nur auf die Zeit nach Brandts Entlassung bezogen. Der Besuch habe aber vorher stattgefunden. Ueber die Affäre sei dabei nicht gesprochen worden. — Zeuge Brandt erklärte noch auf Befragen: andere, insbesondere Zivilpersonen, seien an ihn nicht herangetreten. Hierauf wurde der Direktor Eccius von der Firma Krupp in Essen als Zeuge vernommen. Er sagte aus, Brandt sei hauptsächlich von Essen nach Berlin versetzt worden, weil der damalige Berliner Vertreter v. Schütz die Firma Krupp

**nicht genügend über bevorstehende Lieferungen unterrichtet**

habe. Brandt habe jedoch stets versichert, daß er unlautere Mittel nicht anwende und keinerlei Bestechungen begehe. Es sei für die Firma Krupp wichtig gewesen, die Konkurrenzpreise der Kontrolle halber zu erfahren. In der Hauptsache werden die Preise nach den Herstellungskosten berechnet. Der Zeuge bemerkt auf Befragen, daß gegen ihn auch in dieser Angelegenheit ein Strafverfahren schwebt. Dann Handbewegung er weiter, er habe einige „Kornwalzer", die Brandt schickte, gelesen und nicht entdecken können, daß sie etwas enthalten, was auf unrechtmäßige Art erlangt worden sei. Verteidiger Dr. Ulrich: Sind Sie der Ansicht, daß die Konkurrenz ebenfalls bemüht war, die Preise anderer Firmen zu erfahren? — Vertreter der Anklage: In einer Zuschrift Ihres Verteidigers, Justizrat von Gordon, haben Sie geäußert, andere Firmen erhalten selbst von höheren Militärbeamten Kenntnis über die Preise ihrer Konkurrenz. Womit begründen Sie diese Anwürfe? — Zeuge: Eine Begründung kann ich nicht geben, ich habe aber diese Ueberzeugung. Die Konkurrenz kennt genau die Preise der Firma Krupp. — Vertreter der Anklage: Halten Sie es nicht für möglich, daß nicht bloß bei den Militärbehörden, sondern auch bei der Firma Krupp neben der geschäftlichen Spionage eine

**politische Spionage im Interesse einer fremden Macht**

stattfindet? Es ist doch für eine fremde Macht von Wichtigkeit, zu erfahren, welches Kriegsmaterial geliefert worden ist und welche Waffenkonstruktionen vorhanden sind. Bei der Firma Krupp sind doch zweifellos im Geheimschrank viele derartige Sachen vorhanden. — Zeuge: Die Möglichkeit gebe ich zu. Der Zeuge sagte weiter aus, die „Kornwalzer" stellten Nachrichten dar, die nicht das Ergebnis offizieller Gespräche mit militärischen Persönlichkeiten waren, sondern vielmehr Nachrichtenmaterial enthielten, das auf andere Weise gesammelt worden war. Zeuge wußte nur, daß die „Kornwalzer" von Brandt stammten; er habe aber keine Kenntnis davon gehabt, wie dieser sie erlangt hat. Auf die Frage des Verhandlungsführers, ob in den Berichten, die Brandt geliefert hatte, geheime Sachen enthalten waren, antwortete der Zeuge, daß das Bureau offiziell manchmal noch

**weit geheimere Sachen lieferte,**

als Brandt. Die informatorische Tätigkeit zur Erlangung der Konkurrenzpreise sei für Krupp im Jahre 1905 notwendig geworden, als im Reichstage sich eine lebhafte Debatte über die angeblich hohen Preise Krupps für Kriegsmaterial entwickelt hatte. Der Zeuge hat sich keine Bedenken darüber gemacht, ob die Berichte etwa auf unrechtmäßige Weise gewonnen sein könnten; es komme doch auch bei anderen Behörden vor, daß mittlere Beamte geschäftliche Auskünfte wichtiger Natur geben. In keinem Falle habe aber Krupp seine Preise auf Grund der „Kornwalzer" geändert.

Der folgende Zeuge ist der Direktor Draeger. Er bekundete, es schwebe auch gegen ihn ein Strafverfahren; es sei ihm aber von autoritativer Seite gesagt worden, daß eine Anklage gegen ihn nicht erhoben werden soll. Brandt habe ihm wiederholt versichert, daß er keine unlauteren Mittel anwende und

**keine Bestechungen begehe.**

Auf die Frage eines Verteidigers, ob der Zeuge einmal geäußert habe, es sei ihm möglich gewesen, auch von höheren Beamten dieselben Nachrichten zu erhalten, antwortete dieser, er habe selbstverständlich nur auf legalem Wege Nachrichten erhalten können. Er sei in Berlin Beamter der Firma Krupp gewesen, um den Verkehr zwischen der Firma und den Behörden aufrechtzuerhalten. Er habe die Konkurrenzpreise niemals erfahren können, er müsse aber sagen, daß die Kenntnis der Konkurrenzpreise der Heeresverwaltung nicht nur nicht Schaden zufügen konnte, sondern im Gegenteil im Interesse der Heeresverwaltung liegen würde. Die Firma habe auch schon früher, noch ehe eine Konkurrenz bestand, die Preise oftmals herabgesetzt, da sich die Preise in der Hauptsache nach den Herstellungskosten richten. Zeuge Draeger bekundete auch, Brandt sei ein sehr tüchtiger, fleißiger und zuverlässiger Beamter gewesen.

Dr. med. Wangemann erklärte, er habe Brandt an einer schweren Kopfverletzung behandelt. Brandt habe durch die Verletzung eine Gehirnerschütterung davongetragen, die er im Attest als Nervenchok bezeichnet habe. Brandt leide infolge des Unfalls stark an Gedächtnisschwäche.

Direktor Mouth von der Firma Krupp: Brandt sei in der Hauptsache nach Berlin versetzt worden, weil der damalige Berliner Vertreter von Schütz über bevorstehende Lieferungen zu wenig berichtet habe. Es sei für die Firma Krupp von größter Bedeutung, so früh als möglich, wenn angängig

**schon Monate vorher von bevorstehenden Lieferungen zu erfahren.**

Brandt war ein sehr tüchtiger Beamter, der in allem, auch im Technischen, genau Bescheid wußte. Selbstverständlich habe die Direktion ihm gesagt, er dürfe niemals zwecks Erlangung von Nachrichten unlautere Mittel, ganz besonders nicht Bestechungen, anwenden. — Vertreter der Anklage: Wenn eine Firma von der Bedeutung Krupps über Lieferungen etwas erfahren will, so braucht sie das doch nicht auf Hintertreppen zu erfahren. Das wird ihr doch offiziell mitgeteilt werden. — Zeuge: Das ist richtig. Wenn man aber nicht weiß, ob eine Lieferung bevorsteht, ob neue Dinge vorkommen, kann man doch nicht täglich oder allwöchentlich zu den Behörden gehen und fragen: Haben Sie Aufträge für mich?

In der Nachmittagssitzung bekundeten Handelsbevollmächtiger v. Dewitz und Bureauvorsteher Grunwald-Essen, die Kenntnis der Konkurrenzpreise habe der Firma Krupp niemals Veranlassung gegeben, eine Preisänderung zu machen. — Der Vertreter der Anklagebehörde sucht unter Vorweisung eines Schriftstückes, das im Kruppschen Bureau beschlagnahmt worden ist, nachzuweisen, daß doch wohl

**das rechtzeitige Eintreffen von „Kornwalzern"**

bei der Preisfestsetzung eine erhebliche Rolle gespielt hat. — Direktor Rausenberger-Essen sagte aus, Brandt habe sehr wertlose Sachen geliefert; das meiste sei in Essen bereits bekannt gewesen. Interesse für Krupp hatte nur die Kenntnis der Beschaffenheit des Materials der Konkurrenz. Im übrigen habe die Behörde vor der Firma Krupp gar nicht so geheimnisvoll getan. Vor einiger Zeit fanden auf dem Schießplatz bei Köln einige Schießversuche mit neuen Geschützen statt. Zu diesen Versuchen wurde ein Vertreter der Firma Krupp offiziell zugezogen. Die Firma hatte infolgedessen bedeutend früher von dem Ergebnis der Schießversuche Kenntnis als die Feldzeugmeisterei. — Major Würtzbacher erklärte, er war früher im Kriegsministerium. Obwohl er sehr vorsichtig war, halte er es für möglich, daß ein Unbefugter Einsicht und Abschriften von den Akten nehmen konnte. Er gab allerdings auch die Möglichkeit zu, daß durch Fahrlässigkeit Geheimnisse aus dem Kriegsministerium in die Oeffentlichkeit gekommen seien. Der Angeklagte Pfeiffer sei ein sehr tüchtiger und zuverlässiger Beamter, bei dem er niemals was Unrechtes vermutet hätte. — Einige Rechnungsräte aus dem Kriegsministerium gaben ebenfalls die Möglichkeit zu, daß durch Fahrlässigkeit Dinge aus dem Kriegsministerium in die Oeffentlichkeit gelangt seien. Geheimer Rechnungsrat Werner berichtete über eine Unterhaltung zwischen Brandt und dem Angeklagten Pfeiffer über den Unterschied von Kanonenrohr und Haubitzrohr.

Eine längere Erörterung fand darauf über den geheimen Charakter der Forderungszettel und des Bestellbuches statt. Der Angeklagte Droese erklärte, daß er sich, als er noch Beamter war, für befugt erachtet habe, diese Dinge mit nach Hause zu nehmen. Er war krank und hatte die Erlaubnis, zu Hause zu arbeiten. Ohne die Forderungszettel und das Bestellbuch hätte er aber nicht arbeiten können. — Angeklagter Hoge bemerkte hierzu noch, die Forderungszettel konnte jeder, der Berechtigung für die Feldmeisterei hatte, einsehen. — Hauptmann Eberling bestritt das und bezeichnete die Forderungszettel und des Bestellbuch als im militärischen Interesse streng geheim. — Hauptmann von Ellert bestätigte dieses Gutachten.

Da nun einige geheime „Kornwalzer" zur Erörterung kommen sollten, wurde die Oeffentlichkeit bei der weiteren Verhandlung ausgeschlossen. Fortsetzung der öffentlichen Verhandlung: Montag.

•

**„Der fatale Eindruck".**

Die rüstungs- und militärbegeisterte Tägliche Rundschau stöhnt:

„Man soll in schwebendes Verfahren nicht vorzeitig zutappend eingreifen. Das darf aber schon jetzt gesagt werden, daß diese ganze Sache niemandem Freude machen kann als dem Vorwärts und der Leipziger Volkszeitung. Die Art und Weise, wie hier das größte industrielle Unternehmen Deutschlands, ein Unternehmen, das wir fast wie eine Art nationaler Institution anzusehen gewohnt waren — die Art, wie dieses Unternehmen sich dem Staate mit einem System bedenklicher Auskunftsschafterei gegenüber stellte, macht auf alle Fälle einen fatalen Eindruck. Klug wäre es übrigens auch gewesen, wenn man nicht erst auf die Reichstagsenthüllungen des Herrn Liebknecht gewartet, sondern die Sache von sich aus schon früher, sofort nach der Mitteilung der berühmten „Kornwalze" durch Herrn Liebknecht an dem Kriegsminister, fest angefaßt hätte."

## Geschichte eines Rekruten von 1813.

Von Erckmann-Chatrian.

Wir gingen jetzt über den Platz. Vor dem Gemeindehause, der Hauptwache gegenüber, standen schon mehrere Personen, Landleute und Städter, die einen Anschlagzettel lasen. Dann stiegen wir die Treppe hinauf und traten in die Kirche, wo mehr als zwanzig Frauen, junge und alte, trotz der fürchterlichen Kälte auf den Steinfliesen knieten.

„Sehen Sie . . . was sagte ich Ihnen?" bemerkte Brainstein. „Sie kommen schon zum Beten, und ich bin sicher, daß die Hälfte bereits seit fünf Stunden hier ist."

Er öffnete die kleine Tür im Turme, durch welche man zur Orgel hinaufsteigt, und wir begannen im Dunkeln hinaufzuklettern. Als wir dann bei der Orgel angekommen waren, ließen wir die Windfänge zur Linken liegen und stiegen bis zur Glockenstube empor.

Ich war sehr zufrieden, den blauen Himmel wiederzusehen und die frische Luft einzuatmen, denn die Ausdünstungen der Fledermäuse, die sich in diesen langen, schmalen Gängen aufhalten, erstickten einen beinahe. Aber welche fürchterliche Kälte herrschte in diesem Raume, der allen Winden offen stand, und welch blendendes Licht blitzte von dem Schnee zu uns empor bei diesem Winterwetter, das zwanzig Stunden weit zu sehen gestattete! Ganz Pfalzburg mit seinen sechs Bastionen, seinen drei Halbmonden, seinen beiden Vorwerken, seinen Kasernen, Pulvertürmen, Brücken, Glacis und Wällen, die ganze kleine Stadt mit ihrem großen Paradeplatze und ihren zierlichen, hübsch nach der Schnur gebauten Häusern zeichnete sich wie auf einem Bogen weißen Papiers da unten ab. Man sah bis in die Höfe hinein, und ich, der ich noch nicht an einen solchen Anblick gewöhnt war, hielt mich hübsch in der Mitte der Plattform, aus Furcht, ich möchte auf den Einfall kommen, davonzufliegen, wie man von gewissen Leuten erzählt, die eine große Höhe närrisch macht. Ich wagte nicht einmal, mich der Uhr zu nähern, deren Zifferblatt auch auf der Rückseite mit den Zeigern bemalt ist, und wenn Brainstein mir nicht das Beispiel gegeben hätte, würde ich, an den Glockenbalken angeklammert, ruhig stehen geblieben sein. Aber er sagte:

„Kommen Sie, Herr Joseph, und sehen Sie nach: Wieviel Uhr ist es jetzt?"

Ich zog nun Herrn Goulbens große Uhr hervor, die auch die Sekunden zeigte, und sah, daß die Turmuhr bedeutend nachging. Brainstein half mir die Gewichte aufziehen und auch die Zeiger stellen.

„Im Winter bleibt die Uhr immer zurück," sagte er, „weil sie von Eisen ist."

Nachdem ich mich etwas mit diesen Sachen vertraut gemacht hatte, begann ich die Umgegend zu betrachten: die Eichbaraden, die Baracken weiter oben hinauf, den Büchelberg, und am Ende erkannte ich auch gerade gegenüber Vierwinden und das Haus der Tante Gredel. Der Schornstein rauchte gerade, und der Rauch stieg wie ein blauer Faden zum Himmel empor. Ich sah die Küche wieder: ich stellte mir Katherine in Holzschuhen und dem kleinen, wollenen Rocke vor, wie sie am Herde das Spinnrad drehte und dabei an mich dachte! Ich war so gerührt, daß ich die Kälte nicht mehr spürte und meine Blicke nicht von dem Schornsteine abzuwenden vermochte.

Vater Brainstein, der keine Ahnung davon hatte, was ich betrachtete, sagte:

„Ja, ja, Herr Joseph . . . trotz des Schnees sind jetzt alle Wege mit Menschen bedeckt. Die große Neuigkeit hat sich bereits verbreitet, und jeder kommt nun, um sein Unglück genauer zu erkunden."

Ich sah, daß er recht hatte: alle Fahrstraßen, alle Fußsteige waren mit Menschen bedeckt, die der Stadt zueilten, und als ich auf den Platz herunterschaute, erblickte ich die fortwährend wachsende Menge vor der Hauptwache bei der Bürgermeisterei und vor dem Posthause. Man vernahm ein Geräusch wie lautes Stimmengemurmel.

Nachdem ich noch einen Blick auf Katherinens Wohnstätte geworfen hatte, mußte ich endlich wohl oder übel hinabsteigen, und wir begannen auf der dunklen Wendeltreppe wie in einen Brunnen hinunterzukleitern. Als wir bei der Orgel waren, sahen wir vom Balkon aus, daß auch die Menge in der Kirche beträchtlich gewachsen war: alle Mütter, Schwestern und alten Großmütterchen, reiche und arme, lagen in tiefster Stille zwischen den Bänken auf den Knien. Sie beteten für die Gefallenen . . . beten alles, um sie nur noch einmal wiederzusehen!

Anfangs begriff ich das nicht recht, aber plötzlich fiel mir ein, daß Katherine, wenn ich im vorigen Jahre mit ausgerückt wäre, jetzt auch da unten knien würde, um zu beten und mich von Gott zurückzufordern. Das schmitt mir ins Herz, ich fühlte einen Fieberschauer durch meinen Körper fliegen.

„Gehen wir! gehen wir!" sagte ich zu Brainstein. „Das ist entsetzlich."

„Was?" fragte er.

„Der Krieg."

Wir schritten nun die Treppe unter der großen Kirchpforte hinunter, und ich ging über den Platz, um mich zum Herrn Stadtkommandanten Meunier zu begeben, während Brainstein den Weg nach seiner Wohnung einschlug.

An der Ecke des Stadthauses hatte ich einen Anblick, dessen ich mich mein Lebtag erinnern werde. Dort war nämlich die große Bekanntmachung angeschlagen. Mehr als fünfhundert Personen, Städter und Landleute, Männer und Frauen, starrten sie, eng aneinander gedrängt, bleich und mit vorgestreckem Halse wie etwas Entsetzliches schweigend an. Sie konnten sie nicht lesen, und von Zeit zu Zeit rief einer oder der andere in deutscher oder in französischer Sprache:

„Sie können doch nicht alle tot sein! . . . es werden doch trotzdem einige zurückkommen."

Andere riefen:

„Man kann ja nichts sehen! . . . man kann nichts heran!"

Ein armes, altes Weib, das hinten stand, hob die Hände zum Himmel auf und schrie:

„Christoph . . . mein armer Christoph!" . . .

Ueber diese Worte schienen einige entrüstet und sagten:

„Bringt doch die Alte zur Ruhe!"

Jeder dachte nur an sich.

Weiter hinten strömten immer noch neue Ankömmlinge durch das Deutsche Tor herbei.

Endlich trat Harmantier, der Stadtsergeant, aus der Wachtstube heraus und stellte sich mit einem Zettel, der dem an die Mauer gehefteten auf ein Haar glich, oben auf die Treppe. Mehrere Soldaten folgten ihm. Nun drängte alles nach jener Seite, die Soldaten aber schoben die Vordersten zurück, und Vater Harmantier begann jene Bekanntmachung vorzulesen, die man das neunundzwanzigste Bulletin nannte, und in welcher der Kaiser berichtete, daß während des Rückzuges die Pferde allnächtlich zu Tausenden umkämen. — Von den Menschen sagte er nichts!

Der Stadtsergeant las langsam, niemand sprach ein Wort, sogar die Alte, die gar nicht Französisch verstand, lauschte wie die andern. Man hatte eine Mücke fliegen hören können. Als er aber an diese Stelle kam: — „Unsere Kavallerie hatte soviel Pferde verloren, daß man die Offiziere, die noch ein solches besaßen, vereinigen mußte, um jeder Kompagnien zu je einhundertundfünfzig Mann daraus zu formieren. Die Generale verrichteten dabei die Funktionen der Hauptleute, die Obersten die der Secondes-Leutnants" — als er diese Stelle vorlas, die mehr von dem Elend der großen Armee verriet als alles übrige, ließ sich von allen Seiten Geschrei und Stöhnen vernehmen. Zwei oder drei Frauen fielen in Ohnmacht . . . man führte sie am Arme fort.

Freilich fügte die Bekanntmachung hinzu: „Die Gesundheit Sr. Majestät ist nie eine bessere gewesen," und das war ein großer Trost, aber unglücklicherweise konnte das die dreimalhunderttausend unter dem Schnee begrabenen Menschen nicht wieder ins Leben zurückrufen. Die Leute gingen daher auch tief betrübt und niedergeschlagen auseinander. Aber andere, die noch nichts gehört hatten, strömten zu Dutzenden herbei, und alle Stunden trat Harmantier heraus und verlas das Bulletin.

Das dauerte bis zum Abend, und immer zeigte sich dasselbe Bild.

Ich ging fort . . . am liebsten hätte ich von alledem gar nichts wissen mögen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130805-13/fragment/page=0005

# Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 4. August 1913.

## Unsere Kreis-Generalversammlung.

Zum zweiten Male nach der Reorganisation des Parteistatuts traten gestern die berufenen Vertreter der politischen Organisation von Halle und dem Saalkreis zur Generalversammlung im Volkspark zusammen. Es war eine stattliche Schar, die sich dort eingefunden hatte, um in eingehender Weise über die Weiterentwicklung unserer Parteiorganisation zu beraten und wichtige Probleme zu erörtern. Ueber Fragen von tief einschneidender Bedeutung ist gestern verhandelt worden, und es muß konstatiert werden, daß sich die Debatte trotz der Meinungsverschiedenheiten stets auf dem Boden der Sachlichkeit bewegt hat. So muß es auch sein. Der gestrige Tag hat bewiesen, daß, wenn es sich um Erörterung großer Probleme handelt, persönliche Differenzen in den Hintergrund treten. Möge deshalb die gestrige Versammlung ihren Nachfolgern als Vorbild dienen. Mit Recht hat unser Genosse Kunert am Schlusse seines ausführlichen Referats über die taktische Haltung unserer Partei betont, daß wir nur eine Politik der revolutionären Taktik und der revolutionären Strategie betreiben müßten, dann würde es schon vorwärts gehen. Der Verlauf der gestrigen Tagung hat uns zu unserer großen Freude den Beweis geliefert, daß die Massen von einer verwässerten, verschwommenen Politik nichts wissen wollen. Der Geist des rücksichtslosen, konsequenten Klassenkampfes war es, der über der stattlichen Versammlung herrschte.

Die Mandatsprüfungskommission hatte nichts zu erinnern, auch sonst wurden keine Einwendungen erhoben. Hervorgehoben sei der Beschluß, zu beantragen, den nächsten Parteitag in Halle stattfinden zu lassen. Begründet wurde er damit, daß der erste Parteitag nach Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 in Halle stattfand, und daß der Parteitag 1914 der 25. danach, also ein Jubiläumstag ist. Der Parteitag soll wieder durch vier und der Bezirkstag durch fünf Delegierte vertreten werden. In bezug auf die Ausgestaltung unseres Volksblattes wurde ein hochbedeutsamer Beschluß gefaßt. Einmütig stimmten die Delegierten einem Vorschlag der berufenen Instanzen zu, schon am 1. Oktober dem Volksblatt eine täglich erscheinende Feuilletonbeilage anzugliedern und zu deren sach- und sinngemäßen Bearbeitung eine neue Kraft in der Redaktion anzustellen. Dieser Beschluß wird von unseren Lesern jedenfalls aufs freudigste begrüßt werden, zumal noch hinzukommt, daß keinerlei Erhöhung des bisherigen Abonnementspreises damit verknüpft wird. Auch die Lotterieliste sollen in Zukunft veröffentlicht werden. Durch Annahme einer weiteren Resolution (die wir morgen im Wortlaut veröffentlichen werden) wurde der Vorstand beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftskartell eine Petition an den Magistrat und die Stadtverordneten zu richten, in der zur Linderung des herrschenden Notstandes eine ganze Reihe von Forderungen — wie schleunige Inangriffnahme aller bewilligten städtischen Arbeiten, Einwirkung auf die Staatsbehörden, Beschäftigung einheimischer Arbeiter zu tariflichen Löhnen, und Einführung einer Arbeitslosenunterstützung durch die Kommune — unterbreitet werden. Ueber die Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte berichten wir morgen. Gegen ½7 Uhr wurde die Generalversammlung mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Nachstehend der ausführliche Verhandlungsbericht:

Die zweite diesjährige Kreis-Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis fand gestern im Volkspark statt. Anwesend waren 167 Delegierte, darunter 7 Genossinnen, die Mitglieder des Vorstandes, Vertreter der Redaktion und des Bildungsausschusses, sowie der Vertreter des Kreises, Genosse Kunert. Die Tagesordnung war eine sehr wichtige, sollte doch eine gründliche Aussprache über taktische Fragen innerhalb unserer Partei und über den in Jena stattfindenden Parteitag herbeigeführt werden. Das einleitende Referat über diesen Punkt war dem Genossen Kunert übertragen worden. In 1½stündiger Rede führte er folgendes aus:

Ich glaube im Sinne aller Anwesenden zu handeln, wenn ich das herausgreife, was das Wesentlichste bei diesem Punkte ist, nämlich die Taktik unserer Partei, und das gestatte ich mir eingehend zu behandeln. Zum besseren Verständnis möchte ich diesen Punkt in drei Teile zerlegen, nämlich: 1. Die Taktik der Reichstagsfraktion in der letzten Zeit; 2. die Taktik der Partei im allgemeinen und 3. das taktische Ziel der Partei. Wenn wir auf den ersten Punkt näher eingehen, bemerken wir bei der Reichstagsfraktion in der Zeit vom November 1912 bis zum Juni 1913 eine besondere Taktik; hier liegt gewissermaßen ein besonderer Abschnitt vor. Die bürgerlichen Parteien haben in dieser Zeit auch eine gesonderte Stellung eingenommen; sie sagten sich, wir stehen und fallen mit dem Militarismus. Sie sind sich auch bewußt, warum sie alle die Forderungen für den Militarismus bewilligt haben. Ist ihre Taktik richtig gewesen, dann haben auch wir uns zu fragen, haben auch wir richtig gehandelt? Die Sozialdemokraten haben sich gesagt, wir lehnen die Militärvorlage grundsätzlich ab. Die dazu nötigen Steuern sind gegenüber den geistigen Opfern, die das Volk dabei zu bringen hat, ein Quark. Auch aus volkswirtschaftlichen Gründen mußten wir die Vorlage ablehnen. Im deutschen Heere stehen, mit der Gendarmerie 1 Million Menschen unter Waffen. 2 Milliarden Mark kostet uns jährlich das Heer, 2 Milliarden Mark gehen uns an wirtschaftlichen Erzeugungen jährlich verloren; das sind 4 Milliarden Mark, die das deutsche Heer ohne die neue Militärvorlage jährlich dem deutschen Volke kostet. Bei der neuen Vorlage haben wir uns gesagt, bei derartigen Opfern muß doch etwas für die Demokratie herauskommen. Wir stellten Forderungen auf politischem und religiösem Gebiet. Jeder Soldat soll die Ueberzeugung, die er hat, auch vertreten können. Auch verlangten wir Beseitigung des Militärboykotts. Hätten wir alles das erreicht, dann hätten wir Großes geleistet.

Die Kosten der Wehrvorlage sollten durch einen einmaligen Beitrag aufgebracht werden. Wir Sozialdemokraten waren dafür, unsere Gegner auch. Wer da aber glaubt, die bürgerlichen Parteien seien aus Idealismus dafür gewesen, der ist in einem schweren Irrtum befangen. Nein, unsere Gegner sind ebenso gute Rechner wie wir, vielleicht noch bessere. Unsere Finanzen sind miserabel, unsere Staatspapiere stehen schlecht, und wenn da noch eine Anleihe von 1 Milliarde aufgenommen worden wäre, dann wären die Kurse ganz gewaltig gestürzt. Und um das zu verhindern, ist man sich einig geworden, den Beitrag auf direktem Wege aufzubringen. Wäre wiederum eine Milliarde dem Verkehrs- und Produktionsprozeß entzogen worden, so hätte das einfach nicht gegangen, denn Deutschland ist doch keine abgelegene einsame Insel, sondern ein Industrieland ersten Ranges im Herzen Europas. Aber dadurch wäre auch eine weitere Vermehrung der Akkumulation des Kapitals unterbunden worden, und das wäre für die Arbeiterklasse sehr schwer gewesen. Aber auch noch andere Gründe haben für den direkten Beitrag gesprochen. Wir Sozialdemokraten haben die Wehrsteuer als Stempelsteuer abgelehnt, wir haben eine Vermehrung des Kriegsschatzes abgelehnt, wir haben auch die Zuckersteuer abgelehnt, aber wie war es denn mit der Vermögenszuwachssteuer? Die Fraktion sagte sich, wir stimmen für die direkte Steuer, um den Bürgerlichen die Lust zu weiteren Militärforderungen zu verekeln. Aber diese „Verekelungstheorie" ist ganz hinfällig. Den besten Beweis dafür liefert England, aber trotzdem hat man sich auf diese Theorie berufen. Die Vermögenssteuer ist keine ehrliche, sie ist eine monströse Steuer, nur ein Scheinbild. Wenn z. B. ein Kapitalist etwas erbeutet hat, und er legt es nicht produktiv an, dann ist es frei, ist er aber ehrlich, und legt es volkswirtschaftlich an, dann wird er gefaßt. Das ist aber eine direkte Umgehung des Gesetzes; außerdem könnten bei uns durch die Vermögenssteuer wenigstens 500 Millionen Mark jährlich herausgeholt werden. Unsere Zustimmung zu dieser Steuer wäre nicht nötig gewesen, zumal noch eine ausreichende Mehrheit vorhanden gewesen ist. Was hätte bei der Steuer alles herangezogen werden können? Wenn die „tote Hand" mit besteuert worden wäre, dann hätte man allenfalls dafür stimmen können, ebenso hätten die Fürsten besteuert werden müssen. Die sind ja auch nur Menschen wie wir. Das ist aber nicht geschehen, und wenn wir da gegen die direkte Steuer gestimmt hätten, da hätte uns das Volk brillant verstanden. Was ist denn nun der Zweck der Verwendung? Das Geld wird für imperialistisch-kapitalistische Zwecke verwendet. Und dieses System noch durch unsere Taktik zu stützen, halte ich für verwerflich. Wir haben diese Vorlage bewilligt, und schon wieder ist eine neue Militärvorlage nahe, die wahrscheinlich eine Milliarde Mark erfordert. Soll diese Summe wieder durch direkte Besteuerung aufgebracht werden, dann bewilligen wir wohl auch die wieder? Aber das geht doch nicht, schon aus volkswirtschaftlichen Gründen müssen wir uns mit aller Schärfe dagegen wenden. Der Arbeiter bezahlt die indirekte Steuer aus seiner Tasche, und die direkte auch. Man darf sich durch die direkte Steuer nicht blenden lassen. Hätten wir z. B. nur direkte Steuern, dann könnten wir ja wohl mit den Zuständen zufrieden sein. Aber nein, so ist das nicht, der Mehrwert, von dem die direkte Steuer bezahlt wird, wird aus den Knochen der arbeitenden Klassen herausgeschunden, durch intensivere Arbeit wird aus dem Arbeiter das Letzte herausgepündert. Dann müssen aber auch die 95 Prozent der minderbemittelten Konsumenten unseres Volkes gehörig bluten. Diese Zustände sind aber bei Krisen und schlechten Zeiten gefährlich. Gegenwärtig stehen wir vor einer Krise, die so ungeheuerlich sein wird, daß man das Schlimmste befürchten muß. Wenn wir uns das alles überschauen, so mußten wir die Vorlage unter allen Umständen ablehnen. Es ist anzuerkennen, daß die Parteigenossen mit der Abstimmung das Beste gewollt haben, aber das hindert uns nicht, auch unsere Meinung zu sagen. Ist es nicht unerhört, daß die Fraktion Gelder bewilligt zu Waffen, mit denen uns die Gegner an die Wand stellen und niederknallen?

Nun zur allgemeinen parlamentarischen Situation unserer Fraktion. Unsere Haltung gegenüber den Bürgerlichen ist grundverschieden. Die Bürgerlichen betrachten den Parlamentarismus als eine besondere Form zur Förderung ihrer imperialistischen Ziele. Wir stehen dem diametral entgegen. Der Zweck der Bürgerlichen ist, aus dem Parlament eine Geldbewilligungsmaschine zu konstruieren, aber dabei hat der Parlamentarismus elend Schiffbruch gelitten. Vor 40 Jahren wurde von den Bürgerlichen im Parlament noch Großes geleistet, heute ist es nur noch Kleinkram. Das Parlament steht einem bevorzugten Diskutierklub sehr ähnlich. Das magisterhafte Benehmen des Präsidenten läßt eine wahre Redefreiheit gar nicht zu. Ein starker Vorstoß gegen die Krone ist überhaupt unmöglich. Aber trotzdem halten wir aus, wenn auch schweren Herzens; wir beabsichtigen, das Parlament zu demokratisieren, und der Arbeiterklasse damit zu Hilfe zu kommen. Manchmal hört man Fragen, warum wird in gewissen Fällen nicht mehr Gewalt durch Obstruktion angewandt? Darüber muß sich doch aber jeder klar sein, daß wir bei uns keine Obstruktion machen können, wie sie in Oesterreich üblich ist. Der Parlamentarismus ist ein Mittel, aber nicht das Mittel zur Erreichung unserer Ziele. Ein Entschuldigungsgrund ist die Verfassung. Wir haben zwar kein Oberhaus, aber eine ausschlaggebende Krone und einen ungeheuer mächtigen Bundesrat. Gegen diese halbabsolute Krone und den mächtigen Bundesrat kann das Parlament gar nicht aufkommen, aber die Bürgerlichen sind damit zufrieden. Ist es da zu verwundern, wenn das Parlament versagt? Als wir das Wahlgesetz für Elsaß-Lothringen mit seinem Oberhaus und mit der Stärkung der Dynastie machten, konnte sich jeder Fraktionsgenosse der Abstimmung entziehen. Warum ist das diesmal nicht auch gestattet worden? Wir durften uns dem Fraktionsbeschluß nicht entziehen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollten, gegen die Disziplin zu verstoßen. Wir sind also moralisch gefesselt worden. Doch, darüber wird noch in Jena gesprochen werden. Auf dem Gebiete der Steuern, der Sozialpolitik und beim Zolltarif hat die Fraktion tapfer gefochten. Wir wollten sozialen Fortschritt, und was hat man uns gegeben? Eine elende Schabracke, mit der das Elend verdeckt wird. So ist es auch auf dem Gebiete des Militarismus und Imperialismus. Ueberall parlamentarischer Sumpf. Welche taktischen Mittel führen nun zur Erreichung unseres Zieles?

Ueber die Maifeier sind Meinungsverschiedenheiten laut geworden. Wir müssen aber überall dafür eintreten, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai die würdigste Feier ist. Die Maifeier ist das Bindeglied, durch welches das internationale Proletariat in seinen Hauptgrundsätzen miteinander verbunden wird. Die Organisation ist eine gute Waffe, aber nur Organisation ist dasselbe wie nur Parlamentarismus. Wir haben gewiß alle das heiße Bestreben, den letzten Mann und die letzte Frau zu organisieren, aber sein Heil ganz allein darin zu suchen, ist eine Ueberschätzung. Auch die Unorganisierten haben schon eine welthistorische Rolle bis hinein ins 20. Jahrhundert gespielt. Auch Söldner haben sich schon gegen Dynasten gewandt und die Mündungen nach der entgegengesetzten Seite gehalten. Das alles sind geschichtliche Tatsachen, die nicht abzustreiten sind. Die Gewerkschaften wissen, was sie der Partei danken.

Redner sprach sich dann gegen die Straßendemonstrationen in ihrer jetzigen Form aus, da sie nur dann imposant wirken, wenn die Polizei ihre gütige Erlaubnis dazu erteilt habe und sich ruhig verhalte. Es sei falsch, wenn gesagt werde, die Arbeiterschaft habe sich die Straße erobert. Der politische Massenstreik hingegen sei eine Waffe, die das Proletariat zu führen vermöge gegen alle seine Feinde. Die Idee des politischen Massenstreiks muß Gemeingut des arbeitenden Volkes werden. Der Anarchismus sieht im Generalstreik das einzige Mittel, die Gesellschaft umzugestalten. Ich aber sage, daß der Generalstreik auch zu anderen Zwecken gebraucht werden kann und muß. Die Unternehmer haben in ihren Organisationen eine gewaltige Macht vereinigt. Da gilt es, zu den richtigen Waffen zu greifen und den Uebermut der Unternehmer zu dämpfen. Gegen eine Beschneidung des Wahlrechts oder des Koalitionsrechts ist der Generalstreik eine wertvolle Waffe. Ist aber diese Waffe brauchbar, dann wird auch die Situation den Zeitpunkt bestimmen, wo sie zur Anwendung kommt. Wir wollen republikanische Selbstverwaltung, politische Macht und gerechte Steuerverteilung. Was war mit dem bisher angewandten Mitteln zu erreichen? Ich will nicht für eine bestimmte Form des Massenstreiks oder für einen bestimmten Zeitpunkt seines Ausbruchs Propaganda machen, ich will nur, daß der Gedanke des Massenstreiks gepflegt wird. In der Presse und in den Versammlungen soll die Masse reif für den Generalstreik gemacht werden. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß dermaleinst der Tag und die Stunde kommen wird, nein kommen muß, wo unser Volk sich zum Generalstreik vorbereiten muß. Zusammenfassend sage ich also: wir wollen nichts Phantastisches, Unhistorisches beschließen, sondern wir wollen einer Resolution zustimmen, die sich auf den Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim stellt. Wir verlangen freie Hand, den Gedanken des Massenstreiks zu propagieren. Wir verlangen vom Parteitag, daß er die Richtlinien klarlegt, wie sich die Partei verhalten kann oder muß. 95 Prozent des Volkes haben ein beispiellose Gemütstiefe, Gedankenschärfe und Willensstärke, auf der anderen Seite macht sich aber eine politische Indolenz bemerkbar. Jeder einzelne wird aufs äußerste ausgebeutet und bevormundet. Mag das auch den einzelnen bis ins Innerste ergreifen, bei der Masse merkt man nichts. Da muß man eingreifen. Wir müssen eine Politik der revolutionären Taktik, der revolutionären Strategie treiben, dann wird es auch vorwärts gehen! (Lebhafter Beifall!)

Die Diskussion wurde eröffnet durch den Genossen Thiele, der sich auf den gegenteiligen Standpunkt Kunerts über unsere taktische Stellungnahme bei der Wehrvorlage stellte. Aus allem, was Kunert sagte, geht die Propaganda für den Massenstreik hervor. Meine Auffassung über den historischen Materialismus ist eine ganz andere. Was wir gegen den Militarismus tun konnten, haben wir getan. Aber gerade der Freisinn ist es gewesen, der die größte Schuld daran hat, daß wir bei der Wehrvorlage keine demokratischen Positionen erringen konnten; er hat alle unsere dahingehenden Anträge niedergestimmt, und sich mit Resolutionen begnügt. Was nun die Frage über die Haltung der Fraktion bei der Deckungsvorlage betrifft, so sind darüber schon lange Erörterungen gepflogen worden. Ich sage, wir dürfen unsere Taktik bei der Abstimmung nicht so einrichten, daß wir mit „ja" stimmen, wenn wir gebraucht werden, und mit „nein", wenn wir nicht gebraucht werden. Nein, wir müssen aus Grundsatz stimmen. Wir müssen aber immer mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Der Landmilitarismus wird an dieser Vorlage ersticken, und ist auch die Zahl der Soldaten vermehrt worden, so sehr kann der Militarismus die Arbeiterklasse doch nicht niederhalten, daß sie nicht zu ihrem Ziele käme. Wir haben also guten Gründen für die Vorlage gestimmt. Nach Kunerts Ansicht ist er bei der Abstimmung moralisch geknebelt worden, die Minorität hat sich aber der Majorität zu fügen. Kunert empfahl die Vorbereitung des Massenstreiks. Ich bin auch der Ueberzeugung, daß die soziale Frage nicht im Parlament gelöst werden kann, ich bestreite aber, daß wiederholte Massenaktionen Erfolg haben. Der Massenstreik muß das letzte Mittel sein, die ganze heutige Gesellschaft über den Haufen zu werfen. Einzelne Aktionen scheitern an der Denkfaulheit der Massen. Der Massenstreik darf nicht lange vorbereitet werden, er muß mit revolutionärer Gewalt im gegebenen Moment ausbrechen. Eine lange Diskussion darüber muß Bedenken erregen, sie liefert den Scharfmachern nur Mittel zu Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter. Also nicht eine revolutionäre Taktik ist es, die uns vorwärts bringt, sondern wir müssen uns den gegebenen Verhältnissen anschließen. Ich sage, die Beherrschung der Gegenwart ist die Eroberung der Zukunft.

Genosse Jänicke bedauerte, daß wir unseren Grundsätzen, denen wir 50 Jahre treu waren, untreu geworden sind. Wenn unsere Vertreter von den Organisierten gewählt worden sind, dann haben sie auch der Stimmung der Masse Rechnung zu tragen. Die Organisation hat die Grundsätze aufgestellt, und daran hat sich die Masse angeschlossen. Wer weiß, ob das Zutrauen der breiten Masse zu unserer Sache durch die Abstimmung der Fraktion nicht gelitten hat. Warum hat man vor der Abstimmung die Genossen im Lande nicht befragt? Ich muß Kunerts Ansichten über die Deckungsvorlage unterstützen. Wenn die Gegner unsere Anträge nicht unterstützten, warum hat man da keinen Druck auf sie ausgeübt? In allen Ländern wird das Militär vermehrt und wie lange wird es dauern, und wir stehen vor einer neuen Militärvorlage. Man wird der Konjunktur Rechnung tragen und die Kosten wieder der breiten Masse aufbürden. Bei der Abstimmung über die Deckungsvorlage hat sich die Fraktion in einer Sackgasse verlaufen.

Genosse Studt wandte sich gegen Kunert. Nach seiner Ansicht hat die Fraktion bei der Abstimmung richtig gehandelt. Der Massenstreik ist jetzt noch zu verwerfen, man soll lieber praktisch arbeiten. Durch den Schnapsboykott ist schon viel erreicht worden. Auch muß der Kirchenaustritt mehr propagiert werden, ebenfalls müssen die Konsum-Genossenschaften viel mehr unterstützt werden. Ein Massenstreik erfordert zu schwere Opfer, lassen Sie uns durch Enthaltung von Tabak und Bier praktische Arbeit leisten.

Die Ausführungen Kunerts wurden durch den Reichstagsabgeordneten Genossen Albrecht in längeren Ausführungen lebhaft unterstützt. Er betonte, daß wir bereit sind, direkte Steuern zu bewilligen, wenn dafür indirekte Steuern beseitigt würden. Der Wehrbeitrag wäre ohne unserer Zustimmung angenommen. Die Vermögenszuwachssteuer ist nur eine Schatzsteuer und wir hatten auch deshalb gar keine Ursache, ihr zuzustimmen. Sollen wir die Mittel zur Verteidigung des Landes bewilligen, dann verlangen wir auch das Recht, die Grundzüge der Landesverteidigung festzulegen. Wir hätten schon des Prinzips wegen dagegen stimmen müssen. Man sagt, die Masse hätte uns nicht verstanden. Unser Programm fordere direkte Steuern und jetzt sollten wir dagegen stimmen? Man soll das Volk nur richtig aufklären, dann wird es uns schon verstehen. Diese Unterlassungssünde hat sich 1907 schon einmal schwer gerächt. Hat uns denn die letzte Finanzreform 1909 geschädigt? Den Einzelnen wohl, aber der Erfolg war, daß wir 4½ Millionen Stimmen auf uns vereinigten. Der Rüstungswahn bleibt, selbst wenn wir alles für den Militarismus durch direkte Steuern aufbringen würden. Wenn die Regierung sagen würde, bewilligt uns 500 Millionen Mark direkte Steuern und 60 000 Soldaten, so dürften wir doch unter keinen Umständen unsere Zustimmung geben. Die Bürgerlichen haben alle Ursache, für die Heeresvermehrungen zu stimmen, denn aus ihrer Klasse gehen die Offiziere, die hohen Militärbeamten hervor, die Militärlieferanten streichen Millionen ein. Die Reichserbschaftssteuer muß unter allen Umständen ausgebaut und die Massen vor weiterer Ausbeuterei durch den Militarismus geschützt werden. Zu bedauern ist, daß die Fraktion beschlossen hat, geschlossen für die Vorlage zu stimmen. Der Reichsparteiler Schulz hat gesagt: Die Sozialdemokratie hat gesiegt, ich aber sage: Die Staatsmannspolitik hat gesiegt, und dabei ist das Prinzip zum Teufel gegangen. Wenn wir diesen Weg weiter gehen, dann kann es eines schönen Tages kommen, daß wir auch noch für den Etat stimmen. Genosse Frank hat einmal gesagt, die soziale Frage wird nicht im Parlament gelöst; in demselben Sinne sprachen sich Legien und Schmidt aus. Der Massenstreik muß mehr propagiert werden, denn es können Situationen eintreten, wo wir eine derartig geschulte Masse brauchen. Eine Schlacht, die siegreich geschlagen werden soll, muß vorher gewonnen sein.

Genosse Däumel betonte, man hätte die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung herbeiführen müssen. Unsere Taktik darf nicht die Geldfrage zur grundsätzlichen Frage machen. Die Fraktion fand keinen andern Weg, die Kosten vom Proletariat fernzuhalten. Den gewerkschaftlichen Kampf soll man nicht so abtun, denn er führt auch zu Vorteilen. Ein Massenstreik hat für jedes Land seine eigenen Formen, man darf sich deshalb durch eine Massenaktion nicht täuschen lassen.

Nachdem ein Schlußantrag angenommen worden war, erhielt Genosse Kunert das Schlußwort. Die Diskussion hat ergeben, daß in dieser Frage eine gewisse Klärung herbeigeführt worden ist. Ueber die Zustimmung der Fraktion zur Deckungsvorlage möchte ich noch bemerken, daß, wenn die Regierung ein Mantelgesetz eingebracht hätte, die Fraktion doch dazu ihre Zustimmung hätte bestimmt versagen müssen. Die Organisation steht uns hoch, wir sind wohl alle davon durchdrungen, auch den letzten Mann zu organisieren, aber die historische Fakta kann doch nicht bestritten werden, daß die Unorganisierten bis in die letzte Zeit, z. B. bei der russischen Revolution, eine große Rolle gespielt haben. Der Massenstreik muß propagiert werden, seine Idee soll Gemeingut und Herzblut des gesamten Proletariats werden. Jeder Genosse muß sich sagen: ich und mein Weib wollen eins sein, wir wollen für die große Sache eintreten mit Gut und Blut, mit Leib und Leben. (Stürmischer Beifall.)

Die vom Genossen Kunert eingebrachte Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Generalversammlung bringt bei dem Parteitag von Jena nachstehende Entschließung ein:

Der Jenaer Parteitag von 1913 nimmt die Frage des politischen Massenstreiks in seine Tagesordnung auf; er bestätigt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130805-13/fragment/page=0006

die Parteitagsbeschlüsse von 1905 und 1906 (Jena und Mannheim) zum Problem des politischen Massenstreiks. Der Parteitag empfiehlt dazu dringend die weitere Stärkung und Ausbreitung aller Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen.

Er erwartet neben der Propagierung der Idee des Massenstreiks, daß die Partei in allen ihren Teilen und Instanzen — im Falle des Ernstes und der zwingenden Notwendigkeit einer kommenden politischen Gesamtsituation — alle vorbereitenden und ausführenden Maßnahmen mit den Gewerkschaften und den Genossenschaften ergreifen wird, um eine Generalstreiksaktion zielsicher und erfolgreich zur Förderung höchster Lebensinteressen des Proletariats durchzusetzen. Der Parteitag rechnet also unbedingt darauf, daß die sozialdemokratische Partei einer solchen historischen Aufgabe und kritischen Situation unter keinen Umständen ausweicht, sondern taibereit sein wird, alle erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen."

Auf Antrag des Genossen Thiele wurde über die beiden Absätze der Resolution getrennt abgestimmt. Der erste Absatz wurde mit allen gegen eine Stimme, der zweite mit allen gegen vier Stimmen angenommen. Außerdem wurde noch mit allen gegen 24 Stimmen folgender von der Parteileitung gestellter Antrag angenommen:

„Die Generalversammlung überreicht dem Parteitag zu Jena nachstehende Resolution:

Der Parteitag zu Jena bedauert die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem einmaligen Wehrbeitrag, sowie zu dem Vermögenszuwachssteuergesetz als einen Verstoß gegen einen fundamentalen sozialdemokratischen Grundsatz, als einen schweren politischen Mißgriff. Er erwartet unbedingt, daß die Anwendung einer besseren Taktik in Zukunft die Fraktion vor ähnlichen Entgleisungen bewahren wird."

Damit war der vom 10. Distrikt gestellte Antrag: Die Kreis-Generalversammlung solle Stellung zum Massenstreik nehmen, eventuell diese Frage in den Distrikten durch Vorträge behandeln zu lassen, erledigt. Entsprechend dem Antrag des 7. Distrikts wurde ferner beschlossen, beim Parteitag in Jena zu beantragen, daß der Parteitag 1914 in Halle stattfindet. Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt: Reiwand mit 113, Frommhold mit 98, Albrecht-Könnern mit 96 und Genossin Sperling mit 137 Stimmen. (Schluß folgt.)

### Arbeitslosen-Versammlung.

Trotz des Hochsommers hat die Zahl der Arbeitslosen in Halle einen erschreckenden Umfang angenommen. Das Schreckgespenst Krise wirft bereits seine Schatten voraus und viele fleißige Arbeiter sehen dem Hunger und Elend mit Bangen entgegen. Warum, werden sie sich fragen, ist das alles so eingerichtet? Gibt es da kein Mittel, dem Elend zu steuern und von uns abzuwenden? O doch, es gibt viele solcher Mittel. Um über diese Mittel zu beraten, beruft das Gewerkschaftskartell zum Mittwoch, den 6. August, nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche Arbeitslosenversammlung nach dem Volkspark ein. Pflicht eines jeden Arbeitslosen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen, um seine Stimme mit zu erheben gegen falsche Gütererzeugung und -verteilung.

### Internationale Baufach-Ausstellung.

Eintrittskarten zur Internationalen Baufach-Ausstellung in Leipzig sind im Arbeiter-Sekretariat Halle, Harz 42-43, zum Preise von 55 Pf. zu haben. In diese Gebühr ist die freie Benutzung der Ausstellungs-Garderoben und -Toiletten einbegriffen. Die Eintrittskarte berechtigt zum jederzeitigen einmaligen Besuch der Ausstellung, mit Ausnahme von sogenannten Feiertagen. Die Karten sind zu diesem Vorzugspreise nur für die gewerkschaftlich organisierten Personen und deren nächste Familienangehörige zu haben. Es ist deshalb unter allen Umständen als Ausweis das Verbands-Mitgliedsbuch bei Entnahme der Karten vorzuzeigen. Ohne Vorzeigung des geforderten Ausweises werden also Karten nicht ausgegeben, da die Ausstellungsleitung die Erfüllung dieser Formalität zur Bedingung macht.

**Das Gewerkschaftskartell.**

---

* **Frauen!** Die Mitglieder der Ferienausflugs-Kommission wollen sich heute, Montag, abend 8½ Uhr im Volkspark einfinden.

***Volkspartkonzert.** Morgen, Dienstag, findet bei voraussichtlich guter Witterung ein Abendkonzert im Garten statt. Kapellmeister Engelmann hat ein ausgewähltes Programm zusammengestellt, so daß uns ein genußreicher Abend in dem prächtigen Garten des Volksparks bevorsteht. Da das Programm nur 10 Pf. kostet, ist ein zahlreicher Besuch zu erwarten; Arbeitslose haben freien Eintritt.

* **Stinkbomben ohne Ende.** Wenn jemand seinem Feinde etwas Böses antun will, hält er ihm eine Stinkbombe unter die Nase. Die Kröllwitzer Papierfabrik, die nun schon seit Jahren mit ganz Halle wegen ihrer Stinkbomben in miserablen Beziehungen lebt, warf am Freitag morgen 3 Uhr wieder Stinkbomben von solcher Stärke, daß einige dort in der Nähe Wohnende dachten, es ginge mit ihrem Leben zu Ende. Die Polizei und Stadtverwaltung hat die Erklärung abgegeben, daß sie dagegen machtlos ist, wie sollen sich aber die dortigen Einwohner vor derartigen niederträchtigen Unannehmlichkeiten wehren?

* **Wer sind die Toten?** Am letzten Sonnabend früh 9 Uhr wurde eine unbekannte weibliche Leiche an den Hallescheen Röhrenwerken aus der Saale gezogen. Die Leiche ist schon stark in Verwesung übergegangen und war bekleidet mit weißer Bluse, graukariertem Unterrock, graubraunem Kleiderrock, braunen Strümpfen und braunen Halbschuhen. Die Leiche ist 20—30 Jahre alt und hat am linken Ringfinger einen Ring mit rotem Stein.

Wer Auskunft über die Tote geben kann, wolle sich bei der Kriminalpolizei, Dreihauptstraße 6, Zimmer 20, melden.

An der Gimritzer Gutsbrücke wurde am Sonntag früh eine unbekannte weibliche Leiche aus der Saale gezogen. Beschreibung: 50—55 Jahre alt, starker Körperbau, 1,65 Meter groß, schwarzes Haar. Bekleidung: Blau- und weißgestreifte Bluse, dunkler Barchentrock, weißleinenes Hemd, blau- und weißgestreifte Schürze, schwarze Strümpfe, rote Strumpfbänder und halbe schwarze Schnürschuhe. Sie hatte ein weißes Taschentuch, gezeichnet A. S. 3, bei sich. Die Leiche ist nach dem Nordfriedhofe geschafft worden.

* **Wirkungen des Alkohols.** In der vergangenen Nacht fand in einem Lokale der Trothaer Straße zwischen angetrunkenen Metallarbeitern eine Schlägerei statt. Es wurde mit Biergläsern geschlagen und einer der Beteiligten erheblich am Kopfe verletzt.

* **Ueberfahren.** Am Sonnabend vormittag ist ein Geschirrführer auf einem Acker am Beesener Wege beim Umwenden von seinem beladenen Ackerwagen gefallen und überfahren worden. Anscheinend hat der Mann schwere innerliche Verletzungen erhalten. Er wurde mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt.

* **Auf- und überfahren.** Am Sonntag nachmittag wurde ein zwölfjähriger Knabe auf dem Lettiner Weg an der Heide von einem Radfahrer an- und von einem anderen Radfahrer überfahren. Der Knabe wurde am Kopfe nicht unerheblich verletzt und mit einer Kraftdroschke zum nächsten Arzt gefahren.

* **Von der Straße.** Gestern abend fuhr ein Architekt vor der Hauptpost mit seinem Fahrrade gegen einen in der Fahrt befindlichen Stadtbahnwagen. Der Radfahrer kam vor den Wagen zu liegen. Ohne eine Verletzung oder eine Beschädigung am Fahrrad erlitten zu haben, konnte der Radfahrer seinen Weg fortsetzen.

Beim Ueberschreiten des Fahrdamms der Nikolaistraße wurde von einem Fleischerwagen eine Frau umgefahren. Da die Frau anscheinend keine Verletzungen davongetragen hatte, konnte sie ihren Weg allein fortsetzen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

An der Kreuzungsstelle beim Roten Turme stieß gestern abend ein Stadtbahnwagen mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Verletzt wurde niemand, der Verkehr wurde auch nicht gestört.

---

**Wörmlitz.** Verhaftet. Unter dieser Spitzmarke berichteten wir bereits, daß der Lehrer Obenauf am Freitag abend wegen Sittlichkeitsvergehen verhaftet worden ist. Die Verfehlungen sollen sehr umfangreich sein, und schon Jahre lang zurückliegen.

**Lochau.** Achtung, Parteimitglieder! Am Donnerstag, den 7. August, abends 8½ Uhr, findet in der Wohnung des Genossen Flüge in Lochau eine Versammlung der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins statt. Da verschiedene wichtige Vereinsangelegenheiten erledigt werden sollen, ist das Erscheinen aller dringend nötig.

**Brachwitz.** Mysteriöser Leichenfund. Am Donnerstag nachmittag wurde in der Nähe der Ziegelei die Leiche einer älteren Frau am Saaleufer liegend gefunden. Der Oberkörper lag am Uferrande, während der Unterkörper im Wasser lag. Die eine Gesichtshälfte war verletzt und läßt die Vermutung aufkommen, daß die Frau eines gewaltsamen Todes gestorben ist. Links und rechts von der Leiche lagen Weidenzweige, die wahrscheinlich zum Verdecken der Leiche dienen sollten.

**Teicha.** Durch die Starkstromleitung getötet. Am Sonnabend erkletterte der zehnjährige Sohn des Arbeiters Gneist einen eisernen Mast der Starkstromleitung. Als er, oben angelangt, den Leitungsdraht anfaßte, fiel der Junge sofort herab und starb auf der Stelle.

---

# Aus der Provinz.

### Musterleistungen „freisinniger" Kommunalpolitiker.

Der Liberalismus Wiemerscher Richtung ist bekanntlich der in System gebrachte antisoziale Geist des Spießbürgertums. Macht er sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unliebsam bemerkbar, so besonders aber auf dem der Kommunalpolitik. Die Hauptstadt des früheren Wahlkreises Dr. Wiemers, Nordhausen läßt sich in ihrer Gemeindepolitik aber ausschließlich von diesem Geiste leiten. Arbeiterpolitik kennt ihr freisinniges Stadtparlament überhaupt nicht. 2,50 Mark zahlt diese durch ihre Lebensverhältnisse bekannte Stadt ihren Arbeitern. Frauen erhalten für zehnstündige Arbeitszeit in ihren Diensten 9 Mark die Woche. Einen Antrag, diesen Armen wenigstens die in die Woche fallenden Feiertage mit zu bezahlen, lehnten die Stadtverordneten einstimmig ab, weil der dafür notwendige Betrag von 2680 Mark nicht vorhanden sei. Das geschah aber zu derselben Zeit, in der dieses Stadtparlament glaubte, den kommunalen Steuerzuschlag herabsetzen zu können, um ruhebedürftige, aber kapitalstarke Herrschaften anzuspornen, ihren Wohnsitz in Nordhausen zu nehmen.

Müssen städtische Arbeiter und Arbeiterinnen sich also auch ferner mit 9—16 Mark die Woche begnügen wegen Mangel an Mitteln, so war diese Geldknappheit doch nicht so groß, um dem Militärfiskus Geschenke machen zu können. Die freisinnigen Herren bewilligten vor einigen Tagen die Mittel zur Errichtung eines „Flugstützpunktes" auf einem Areal von 64 Morgen. Das geschieht in einer Stadt, die mit an der ersten Stelle in der Reihe derjenigen Städte steht, in welchem die Wohnungsnot in den abschreckendsten Formen heimisch ist. Jedes brauchbare Stückchen Land sollte daher zurückgehalten werden, um es als Bauplätze für so dringend notwendige Wohnhäuser mit Kleinwohnungen zu benutzen. Nur 0,52 Prozent leere Wohnungen wurden am 10. Juni dieses Jahres hier gezählt. Einbegriffen sind dabei Wohnungen, die Wände mit klaffenden Rissen aufweisen, ferner solche, in denen Fenster nicht geöffnet werden können. Die Wohnungsverhältnisse charakterisiert auch eine Wohnung, in einem unter städtischer Kontrolle stehenden Hause, in der die 5½ bis 6 Raummeter große „Stube" als Arbeitsraum, ferner als Aufenthaltsraum für sieben Personen und als Krankenzimmer für einen Säugling benutzt wird. Uebrigens sind die 0,52 Prozent leerstehenden Wohnungen wahrscheinlich nur größere Wohnungen, die für die minderbemittelte Bevölkerung nicht einmal in Betracht kommen können. Trotz alledem wird in liberalen Kreisen Deutschlands die „musterhafte Politik" der freisinnigen Stadtverwaltung Nordhausens gerühmt. Die Mißstände aber schreien auch hier zum Himmel nach Abhilfe und Besserung im sozialen Geiste.

---

### Kinderarbeit in der Landwirtschaft.

Nirgends wird wohl die rücksichtslose Ausnutzung der Kinderarbeit stärker betrieben, als in den agrarischen Gefilden. Die Großgrundbesitzer, die sich durch die Wuchерzölle auf Kosten der Armen bereichern, glauben auch ein unumstößliches Recht darauf zu haben, die billigste Arbeitskraft bis zur Erschöpfung auszunutzen. Die Schule erscheint ihnen zumeist als notwendiges Uebel, das ihnen die Ausnutzungsmöglichkeit ganz unberechtigt beschränkt. Einen geringen Trost finden die Herren Agrarier darin, daß die Schulferien einigermaßen in die Zeit fallen, wo es in der Landwirtschaft am meisten zu tun gibt, so daß während dieser Zeit die für sie so notwendige billige Arbeitskraft zur unbeschränkten Ausnutzung frei wird. Und daß die Herren von dieser Möglichkeit ausgiebigen Gebrauch machen, zeigt folgender Fall, der von einem Beteiligten der Leipziger Volkszeitung gemeldet wird:

der den Amtmann Hans Schmidt in Gruhna bei Eilenburg beschäftigte an einer Dampfdreschmaschine neben einigen Erwachsenen, meist Polen, auch einige Kinder, Knaben und Mädchen, im Alter von elf Jahren. Die Knaben müssen von früh 6 Uhr bis abends 7 Uhr, also abzüglich der Espausen elf Stunden die schweren Ballen von der Maschine wegtragen und bekommen dafür pro Tag 60 Pfg., oder 5½ Pfg. pro Stunde. Die Mädchen haben etwas leichtere Arbeit; sie tragen die Spreu fort. Daß die den Knaben zugemutete schwere Arbeit die jungen Körper nach einiger Zeit entkräften muß, wird jeder einsehen. Die Knaben erklärten denn auch eines Mittags, daß ihnen die Arbeit zu schwer würde, sie möchten einmal wechseln und Spreu tragen. Da kamen sie aber schön an. Der Schwager des Amtmanns, ein Herr Barsch, erklärte ihnen: Hier habe ich zu bestimmen, wem es nicht paßt, der kann gehen. Das ließen sich die Jungen nicht zweimal sagen. Als sie aber ihren Lohn für die geleistete Arbeit verlangten, wurde ihnen obendrein noch ein halber Tag abgezogen.

Das ist nur ein Beispiel von den vielen, wie Proletarierkinder ihre „Ferien" verleben. Die meisten Fälle agrarischer Kinderausnutzung werden gar nicht bekannt. Solche Zustände sind aber nur möglich, weil es die menschenfreundlichen Agrarier verstanden haben, die Uebertragung der an sich schon kärglichen Kinderschutzbestimmungen auf die Landwirtschaft zu verhindern. Es wäre deshalb nur zu wünschen, daß die Arbeiteretern die Gesundheit ihrer Kinder selbst schützten, indem sie ihnen die Ferien nicht dadurch verkümmern, daß sie sie den Agrariern zur Arbeit ausliefern.

---

**Merseburg.** Niederträchtig und wohlmeinend zugleich zu sein, das ist nur dem Blättchen in der Oelgrube möglich. Um den lebernen, geistesarmen Inhalt seiner Spälchen ein klein wenig zu würzen, „polemisiert" der Korrespondent bei ihm nur irgend passenden Gelegenheit im Ton der Gosse gegen das Volksblatt. Wie das geschieht, haben wir unseren Lesern schon wiederholt gezeigt. In der Freitagnummer hat diese putzige Fortschrittsgröße wieder in dem bekannten Sauhirtenton unseren vermeintlichen Mitarbeiter angefallen, ihn einen Obergenossen, Nullenakrobat, Volksblattstribenten und gutbezahlten Radaumacher genannt — einzig zu dem Zweck, das würdig verlaufene Gewerkschaftsfest, das man geschmackvoll einen sozialdemokratischen Klimbim nennt, in den Schmutz zu zerren. Wir wollen über diese unglaublich perfide, auf dem allerniedrigsten Niveau des Reichsverbandes stehende Kampfesweise keine Worte verlieren; sie richtet sich von selbst.

In der von Sonnabend-Nummer ist der Korrespondent, der sich wie gesagt sonst mit Wollust in den infamsten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie und persönlichen Verunglimpfungen der Führer der Arbeiterbewegung ergeht, urplötzlich zum „wohlmeinenden" Freunde geworden. Wer den Freisinnsbelchen in der Oelgrube nicht genau kennt, könnte beim Lesen des wie üblich irgendwoher „gepumpten" Leitartikels des Glaubens werden, der Mann hätte einen moralischen Anfall bekommen, und endlich Verständnis für die größte Kulturbewegung aller Zeiten gewonnen. Der Leitartikel bringt aus dem Bericht des Parteivorstands an den Jenaer Parteitag einen Absatz aus der Einleitung zum Abdruck, in dem der Parteivorstand auf einige Erfahrungstatsachen aufmerksam macht, die unsere Parteigenossen zum Nachdenken veranlassen sollen. Das Blättchen faselt wie alle seine törichten Geschwister vom „Rückgang der Sozialdemokratie" und knüpft daran folgende Bemerkung:

„Ob mit diesen allgemeinen Redewendungen eine Besserung erzielt werden wird, muß denn doch noch abgewartet werden. **Die Sozialdemokratie sollte die Ursachen der Mitgliederflucht doch auch einmal in ihrem ganzen Gebaren suchen.** Ihr organisatorischer Fortschritt stellt sich im übrigen so dar, daß die Mitgliederzahl, die am 1. Juli 1912 970 112 betrug, bis zum 30. März 1913 auf 982 850 Mitglieder angewachsen ist."

Trotz der verblüffenden Ueberschrift: Der Rückgang der Sozialdemokratie und der Behauptung der Mitgliederflucht muß das fortschrittliche Gazettchen gleich im nächsten Satz doch die Erhöhung unserer Mitgliederzahl zugeben. In den letzten beiden Nummern des Volksblattes haben wir an verschiedenen Stellen dargelegt, daß wir mit dem diesmaligem Abschluß nicht so recht zufrieden sein dürfen, daß wir aber auch nicht die geringste Ursache haben, sorgenvoll in die Zukunft zu schauen. Der Korrespondent hat schon deshalb gar keine Ursache, von Rückgang der Sozialdemokratie zu reden, weil ja doch unsere Parteiorganisation im Wahlkreise Merseburg-Querfurt in den 9 Monaten der Berichtszeit soviel hundert Mitglieder gewonnen hat, wie sie die fortschrittliche Organisation trotz krampfhaftester Tätigkeit niemals im ganzen erreichen dürfte. Die Fortschrittler würden heilfroh sein, wenn sie in unserem Wahlkreise soviel Parteimitglieder hätten, wie wir neue gewonnen haben. Und weshalb da die Mahnung des Korrespondenten, die Sozialdemokratie sollte die Ursache der „Mitgliederflucht" suchen? Ja, welche Partei kann sich denn in Deutschland 982 850 Mitglieder noch erfreuen? Das ist eine so gewaltige Zahl, daß sie noch nicht einmal von allen anderen politischen Parteien Deutschlands zusammen an Mitgliedern aufgebracht wird, wenn alle zusammengerechnet werden, die, wie die Sozialdemokraten, von den Konservativen bis zu den Fortschrittlern regelmäßig als Ausdruck ihrer Parteizugehörigkeit zu den uns feindlichen Parteigebilden Beiträge leisten. Das Geschwätz vom Rückgang der sozialdemokratischen Partei ist völlig falsch, denn der Bericht des Parteivorstandes erweist, daß die Sozialdemokratie heute noch stärker ist wie in den Tagen der letzten Reichstagswahl, die unseren Gegnern so viele Verluste und uns so bedeutsame Erfolge gebracht hat. Das Blättchen in der Oelgrube, das so leichtfertig und gewissenlos urteilt, sollte doch zunächst einmal mit gleicher Offenheit über alle Vorgänge innerhalb der fortschrittlichen Volkspartei berichten, über deren Stärke, Finanzen, Leistungsfähigkeit, Presse, deren Ausbreitung und wirtschaftlichen Stand. Welch Gelächter in Deutschland, wenn das geschähe! Wo ist die Partei in Deutschland, die sich noch rühmen kann, über 90 Parteizeitungen zu verfügen — nicht im Besitze privater Verleger, sondern im Besitze der Partei selber? Oder eines Zentralorgans mit 157 000 Abonnenten, oder einer Frauenzeitung mit 112 000 Abonnenten, oder einer wissenschaftlichen Revue mit 10 500 Abonnenten, oder einer Partei-Verlagsbuchhandlung, die in neun Monaten für 623 000 Mk. Parteischriften umsetzt? Oder welche Partei bringt im Jahre 1 000 000 Mk. und mehr für die Bildung ihrer Mitglieder auf? Welche Partei hatte je in neun Monaten fast durchweg aus regelmäßigen Mitgliederbeiträgen 1 469 718 Mk. Einnahmen in ihrer Hauptkasse, wohlgemerkt in ihrer Hauptkasse, an die nur 20 Proz. der Mitgliederbeiträge abgeführt werden?

Nun, wir könnten an das ramponierte Begriffsvermögen des Oelgruben-„Radaumachers" noch viele Fragen stellen, doch wir wissen — eine anständige Antwort werden wir darauf nie erhalten. Aber wir haben ein Recht, stolz zu sein auf das, was unsere Partei leistet, und was im Berichte des Parteivorstandes in nur geringem Maße zum Ausdruck kommt. Und was wir geleistet haben, ist uns stets nur ein Ansporn zu noch höherer Kraftanstrengung auf dem Wege zum Ziele der Sozialdemokratie, zur Befreiung der Arbeiterklasse von der Lohnsklaverei, vom politischen und geistigen Drucke und — der Beseitigung einer Revolverpresse vom Schlage des Korrespondenten aus den Wohnungen denkender Arbeiter.

— Ein gerichtliches Nachspiel hatte für die beiden Maurer Gottfried F. und Paul H. der Besuch eines Vergnügens des bürgerlichen Vereins Euterpe im Strand-Schlößchen. Die beiden hatten sich dort renitent benommen und wurden vom Vorsitzenden aus dem Lokal gewiesen, dem sie jedoch keine Folge leisteten. Als sie nachdem mit Gewalt entfernt wurden, gingen sie tätlich gegen andere Gäste vor und verletzten dieselben. Das hiesige Schöffengericht verurteilte F. zu 50 Mk. Geldstrafe. H., den Termin unentschuldigt versäumte, wird später verurteilt werden.

**Eilenburg.** Die Haltung der Reichstags-Fraktion bei den Wehr- und Deckungsvorlagen. Dieses Thema beschäftigte eine am Sonnabend stattgefundene, stark besuchte Partei-Versammlung, in der Genosse Raute die Gründe, welche für die Haltung der Reichstags-Fraktion maßgebend gewesen sein sollen, kritisch beleuchtete. Die Mehrheit der Versammlung tadelte das Vorgehen der Reichstags-Fraktion, die gemeinschaftlich mit allen Parteien bis zu Heidebrandt dem Reichstag die Mittel zu einer Militärvorlage bewilligt habe. Die Mehrheit der Versammlung erblickte darin einen Verstoß gegen unser Parteiprogramm und gab sich der Hoffnung hin, daß der Parteitag zu Jena das richtige treffen werde, um der Gesamtpartei und somit auch der Reichstags-Fraktion künftig eine Richtschnur zu geben im Sinne unseres Parteiprogramms und zum besten der sozialdemokratischen Partei-Organisation.

**Eilenburg.** Pflichtfeuerwehr. Die löschdienstpflichtigen Mannschaften des Löschzuges Nr. 1 werden zu einer Uebung am Donnerstag, den 7. August, abends 8 Uhr beordert. Sammelstelle: Kornhaus-Feuerwehrdepot.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130805-13/fragment/page=0007

**Grepplin.** Mord oder Selbstmord? Am Freitag wurde von einer Arbeiterfrau am Rande eines Getreidefeldes, auf der Bitterfelder Flur, nahe der Straße nach Bitterfeld, eine stark in Verwesung übergegangene männliche Leiche gefunden. Dieselbe wurde als die des Arbeiters Wolf von hier, wohnhaft Eisenbahnstraße, ermittelt. Nach der vorgenommenen ärztlichen Sektion soll ein gewaltsamer Eingriff vorliegen. Nach einigen Vernehmungen am Fundorte wurden bereits sieben Verhaftungen vorgenommen. Die gerichtlichen Ermittlungen werden hoffentlich Licht in die dunkle Affäre bringen.

**Eisleben.** „Wieder eine geborstene Säule". Unter dieser Spitzmarke, die aber infolge der eigenen geistigen Armut erst von unserer Parteipresse entlehnt ist, berichtet der Berghote, der Vorkämpfer für Religion, Sitte, Ordnung und Ehrlichkeit, über die angeblichen Unterschlagungen von Verbandsgeldern durch einen Sattler in Magdeburg, der dafür sechs Monate Gefängnis erhielt. Solche und ähnliche Sachen, versehen mit der für nötig gehaltenen Aufbauschung, berichtet der vom Mansfelder Grubenkapital ausgehaltene Bergbote stets unter der Rubrik Sozialdemokratisches. Damit will der Soldschreiber der Mansfelder Grubengewaltigen bei den Lesern des Gratisblättchens den Anschein erwecken, als bestanden die freien Gewerkschaften aus lauter Betrügern. Diese Gruseligmacherei ist zwar schon so alt, als wie es eine Arbeiterbewegung gibt, aber man versucht immer wieder mit dem alten Ladenhüter sein Glück. Wir verurteilen es ohne Bedenken, wenn ein Arbeiter das in ihn gesetzte Vertrauen mißbraucht und Gelder unterschlägt. Aber menschlich begreiflich ist manchmal ein solches Vergehen immerhin, weil der Kapitalismus den Lohnarbeiter nicht so bezahlt, daß er seine Bedürfnisse decken kann. Aber nicht begreiflich ist es, wenn Leute, die zu Lebzeiten ein großes Interesse an der systematischen Arbeiterverblödung hatten, die selbst ein in die Millionen gehendes Privatvermögen besitzen, aus schnöder Habgier zum Betrüger werden.

Eine solche geborstene Säule war ja der im vorigen Jahre verstorbene Oberbergrat Dr. Wachler aus Charlottenburg, der den Staat um rund eine Million Mark Steuern betrog. Und dieser „verdienstvolle Mann" stand ja dem Grubenblättchen als Mitglied der Deputation sehr nahe, deshalb ist es wiederum menschlich begreiflich, aber nicht objektiv, wenn das Büchen seinen Lesern nichts von den Betrügereien Wachlers mitteilte, sondern diese für die Mansfelder Bergarbeiter so interessante Tatsache verschwieg. Damit nun der abhängige Soldschreiber nicht wieder einen solchen Reinfall erlebt und nach echter Pharisäerart über die Zöllner schimpft, empfehlen wir ihm, daß er das Sprichwort: Jeder kehre vor seiner Tür und dann bei seinem Nächsten, als Motto in sein Verleumdungslexikon einträgt.

— Bei der Arbeit verunglückt. Am Freitag nachmittag stürzte an der Hüneburg ein Arbeiter, der bei den Arbeiten an der Drahtseilbahn Hermannschacht—Krughütte beschäftigt war, ab. Der Verunglückte wurde in das Knappschaftskrankenhaus gebracht.

— Oeffentlicher Arbeitsnachweis. Vom August an ist in der Herberge zur Heimat, Bucherstraße 12 ein öffentlicher Arbeitsnachweis eingerichtet worden. Die Geschäftszeit ist auf vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags 3 bis 6 Uhr festgesetzt worden. Sonnabends ist der Nachweis von früh 9 Uhr an bis 2 Uhr nachmittags geöffnet. Die Stellenvermittlung erfolgt kostenlos. Warum wurde der Nachweis in der Herberge zur Heimat eingerichtet?

**Sangerhausen.** Die Wahl der Vertreter und Ersatzmänner für die am 1. Januar 1914 in Kraft tretende allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Sangerhausen findet am **20. August d. J. von vormittags 9—11 Uhr** für die Arbeitgeber und von **nachmittags 2—5 Uhr für die Versicherten** statt. Der Kreis ist in vier Bezirke eingeteilt, die zusammen 4 Vertreter der Arbeitgeber und 8 Ersatzmänner sowie 8 Vertreter der Versicherten und 16 Ersatzmäner zu wählen haben. Die Wahl findet statt im Bezirke A im Schützenhaus zu Sangerhausen für die Ortschaften Sangerhausen, Beyernaumburg, Blankenheim, Bornstedt, Emseloh, Gonna, Grillenberg, Holdenstedt, Kaltenborn, Klosterroda, Langefeld, Liedersdorf, Mienstedt, Obersdorf, Pölsfeld, Riestedt, Schmalzeroda, Sotterhausen und Wettelrode; im Bezirk B im Gemeindegasthause zur goldenen Sonne in Roßla für die Ortschaften Roßla, Agnesdorf, Auleben, Bennungen, Berga, Bielen, Brücken, Ditticherode, Drebsdorf, Gorsbach, Hann bei Klein-Furra, Hainrode, Hamma, Heringen, Hohlstedt, Kelbra, Kleinleinungen, Questenberg, Rosperwende, Sittendorf, Steinbrücken, Sundhausen, Thüringen, Tilleda, Uftleben, Wallhausen, Wickerode und Windehausen; im Bezirk D im Rathause zu Stolberg (2. Stock) für die Ortschaften Stolberg, Breitenbach, Breitenstein, Breitungen, Dietersdorf, Hahn im Harz, Hermannsacker, Rodishain, Rottleberode, Schwenda, Stempeda, Straßberg, Uftrungen und Wolfsberg. Eine Bekanntgabe der zu dem Bezirk C Artern gehörigen Ortschaften erübrigt sich, da in diesem Bezirk, weil nur ein Wahlvorschlag des Versicherungsamtes eingegangen, die Vorgeschlagenen als gewählt gelten und eine Wahl überhaupt nicht stattfindet. Ebenfalls als gewählt gelten mangels Einreichung eines zweiten Wahlvorschlages die Listen der Arbeitgeber in den Wahlbezirken Sangerhausen und Roßla, während von den Arbeitnehmern Gegenvorschläge in den Bezirken Sangerhausen, Roßla und Stolberg, in letzterem auch von den Arbeitgebern, eingereicht worden sind. Im Bezirke Sangerhausen waren bisherige bewährte und erfahrene Vorstandsmitglieder der Krankenkassen vom Versicherungsamte überhaupt nicht oder nur als Ersatzmann auf die Vorschlagsliste gesetzt, während ein Mitglied des evangelischen Arbeitervereins, das noch keinerlei Erfahrung im Krankenkassenwesen besitzt, als Vertreter nominiert wurde. In dem eingereichten Gegenvorschlage sind natürlich die bisherigen Vorstandsmitglieder in erster Linie berücksichtigt worden, und es ist wohl zweifellos, daß sie auch gewählt werden. Durch die Wahl eines Mitgliedes des evangelischen Arbeitervereins würde dieser zu einer Bedeutung gelangen, die ihm auf Grund seiner geringen Stärke durchaus nicht zusteht. Wie es ja unverkennbar ist, daß die „Wirtschaftsfriedlichen" mit allen Mitteln versuchen, Einfluß in den Krankenkassen zu gewinnen. Glücklicherweise sind sie zur Erreichung dieses Zieles zu schwach, und auch die Aufforderung des Sekretärs Reinhardt im Sangerhäuser evangelischen Arbeiterinnenverein, sich an den Krankenkassenwahlen zu beteiligen, wird daran nichts ändern. Immerhin müssen auch die modern gesinnten Arbeiter Mann für Mann, ebenso die wahlberechtigten Frauen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Es genügt bei der Wahl die Abgabe eines Stimmzettels mit der Ordnungsnummer 1 oder 2. Die Vorschläge des Versicherungsamtes tragen die Nummer 1, die Gegenvorschläge die Nummer 2. Jeder Wahlrechtigte also, der der freigewerkschaftlichen Liste zum Siege verhelfen will, muß einen Stimmzettel mit der **Nummer 2** abgeben. Um sich als wahlberechtigt legitimieren zu können, ist ein wohl am besten vom Arbeitgeber auszustellender Ausweis mitzubringen. Die Wahlhandlung wird pünktlich um 5 Uhr geschlossen und darf nur wählen, wer bis zu dieser Zeit im Wahlraum erscheint.

**Heldrungen.** Wer ist der Inhaber? Vor der Strafkammer in Naumburg sollten sich wegen Unterschlagung von Schuhwaren (Kommissionsware) der Schuhmacher Karl und seine Frau Anna Petzel in Hauterode verantworten. Die Angeklagten hatten auf alle möglichen Arten versucht, vorwärts zu kommen, es wollte aber nicht glücken. In Staßfurt hatten sie eingepackt, und damit die Gläubiger des Mannes nicht herankonnten, gingen die beiden Geschäfte in Oberheldrungen und Hauterode auf den Namen der Frau, der Mann „schusterte nur für sie". Da kam eines Tages ein feingeschniegelter Herr, der ihnen den Himmel auf der Erde versprach. Eine Sicherheitshypothek lieferte der Frau zur beliebigen Verfügung für 3000 Mark Ware ins Haus. Sie brauchte nur alle Montage das in voriger Woche gelöste Geld einzuschicken und erhielt dafür wieder Ersatz. Mit Recht bezeichnete der Gerichtsvorsitzende aber den Vertrag als Muster großkaufmännischer Findigkeit, den die Schuhwaren-Ein- und Verkaufsgesellschaft Berolina in Berlin ausgesonnen hatte. Die Leutchen durften nichts anderwärts kaufen als das, was die Gesellschaft nicht führt. Bis zur Bezahlung des letzten Groschens bleibt die ganze Ware Eigentum der Gesellschaft. Auf diese Weise kann kein anderer Gläubiger heran. So kam es, daß die Frau manifestieren mußte. Sie wurden aber nun der Unterschlagung bezichtigt. Um seine Schwester, die als Verkäuferin im Heldrunger Geschäft tätig war, nicht leer ausgehen zu lassen, hatte der Mann ihr für 500 Mk. Ware gegeben. Vom Vertreter der Berolina, die, rechtzeitig durch Aktzepte gedeckt, den Schwanz eingezogen hatte, wurde nun unter Eid bestätigt, daß sie keine Kommissionsware abgegeben hätten, und so mußten die Angeklagten freigesprochen werden.

**Wittenberg.** Aus der Partei. Wie bekannt, beschloß die letzte Parteiversammlung auf Antrag der Distriktsführer, jedem Distriktsführer 1 bis 2 Genossen zur Seite zu geben, einmal um die Agitationskraft der Partei zu heben, zum anderen aber, um den Distriktsführern ihre recht oft schweren Arbeiten zu erleichtern. Die Bemühungen der Distriktsführer, geeignete Genossen zu suchen, sind nun nicht in der gewünschten Weise von Erfolg gewesen, so daß wir noch einmal an alle diejenigen Genossen, denen es um die weitere Entwicklung unserer Filiale, um einen kräftigen Ruck nach vorwärts ernst ist, die Aufforderung richten, sich ihrem zuständigen Distriktsführer zur Verfügung zu stellen, damit in der nächsten Versammlung von einem guten Fortschreiten der Angelegenheit berichtet werden kann. Gerade im gegenwärtigen Moment, wo durch die Einführung des neuen Kartensystems den Distriktsführern und der Filialleitung eine größere Arbeit erwächst, ist es mehr denn je angebracht, daß die einzelnen Genossen den gewählten Führer kräftig unter die Arme greifen, damit etwas Ganzes geschaffen werde. Aber auch sonst ist im Interesse der Parteibewegung am hiesigen Orte durchaus notwendig, daß sich die Genossinnen und die Genossen kräftiger rühren und ein stärkeres Interesse betätigen. Hauptsächlich auf dem Gebiete der Volksblattagitation, die in letzter Zeit eingeschlafen zu sein scheint, ist ein zielsicherer Vorstoß, der auch nur mit einem größeren Kreis von guten Agitatoren möglich ist, unerläßlich. Gibt es doch noch Parteigenossen, besonders jüngere, die nicht auf unsere beste Waffe im Tageskampf abonniert sind. Hier tut Aufklärung bitter not. Der Wille der letzten Versammlung war auf ein entschiedenes Vorwärtsstreben gerichtet. Sie forderte stärkere Betonung der Parteiprinzipien und das öftere Abhalten von Vorträgen über aktuelle Tagesfragen. In der Versammlung (Dienstag, den 12. August) spricht der Bezirkssekretär Drescher über den Massenstreik. Weitere Vorträge sind in Aussicht genommen. Die Filialleitung erwartet, daß nun auch die Genossinnen und Genossen das ihrige tun werden und alle Kraft einsetzen zur Förderung unserer guten Sache.

**Dommitzsch.** Elster—Elbe-Kanal. Vorige Woche hat hier eine Versammlung des Bürgervereins stattgefunden, die in der Hauptsache der Eilenburg—Leipziger Kanalfrage galt. Es wurde nämlich über die vom Kanalausschuß des Vereins an der Hand von Zeichnungen und technischen Berechnungen zusammengefaßte Arbeit bezüglich der direkten Führung Leipzig—Eilenburg—Dommitzsch des projektierten Elster—Elbe-Schiffahrtskanals verhandelt und beraten. Bei der Linie Eilenburg—Dommitzsch des Kanals unter Benutzung der äußerst günstigen natürlichen Geländesenkungen durch die Dübener Heide und Einmündung des Kanals in das Dommitzscher Schwarzwasser sei schon der natürlichste Hafen des Kanals bei seiner Einmündung in die Elbe geschaffen, der nur des Nachbaggerns bedürfte. Die ausuhnende Kanalstrecke sei 5 Kilometer kürzer als die nach Torgau vorgesehene, und die Bauosten würden sich dadurch schon um 5 Millionen Mark verringern, wie eingehende Berechnungen ergeben, ganz abgesehen davon, daß Hunderttausende von Mark gespart würden bei Ausnützung der natürlichen Geländesenkungen durch erhebliche Minderung der Erdbewegungsarbeiten. Der Verein beschloß, mit allen Kräften, unter Aufwendung erheblicher Mittel, an Hand sorgfältig ausgeführter Vorarbeiten und technischer Berechnungen, sich in dieser Sache an das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe zu wenden und mit dem Kanalbauverein direkt in Verbindung zu treten. Alle maßgebenden Behörden, Kommunen, die in Betracht kommenden Großindustriellen usw. sollen für die vorgeschlagene Führung Eilenburg—Dommitzsch des projektierten Elbe—Elster-Schiffahrtskanals interessiert werden.

**Prösen.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend auf dem Elsterwerdaer Bahnhofe. Arbeiter der Eisengießerei Weise u. Monski waren mit Verladen von Gußstücken beschäftigt, als sich auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise die Kurbel am Kran löste und den Arbeiter Kaube von hier ins Gesicht schlug, wobei ihm das Nasenbein zerschmettert wurde. Nachdem ein Arzt die erste Hilfe geleistet hatte, wurde der Bedauernswerte in das Krankenhaus Lauchhammer geschafft.

## Allerlei.

### 26 Bergarbeiter getötet.

In Pennsylvanien hat sich eine furchtbare Katastrophe ereignet. Nach den letzten Meldungen passierte das Grubenunglück in einer Mine der Reading-Kohlen- und Eisen-Kompagnie bei Pottsville, und zwar handelt es sich um Explosionen schlagender Wetter, wodurch **26 Arbeiter getötet wurden.** Es ereigneten sich zwei Explosionen kurz hintereinander und zwar wurde die erste durch Entzündung von Dynamit, die zweite durch Entzündung von Gasen herbeigeführt. Bisher wurden sieben Leichen geborgen.

### Verhaftung eines Mädchenhändlers.

Kreuznach, 3. August. Auf der Station Hamborn der Rhein-Nahe-Bahn wurde aus dem Zuge heraus ein Mädchenhändler dingfest gemacht. Der Mann, der jede Auskunft über seine Personalien verweigert, führte zwei Mädchen im Alter von 15 und 17 Jahren mit sich, die durch fortwährendes Weinen dem Zugpersonal aufgefallen waren. Der Verhaftete wurde in das Gefängnis zu St. Wendel gebracht.

### Die Folgen einer falschen Kindesaussage.

Neubrandenburg, 3. August. Eine Entschädigung für eine unschuldig erlittene Zuchthausstrafe hat der Drogist Greve eingeklagt. Er fordert 10000 Mark, weil er durch 2 Jahre Zuchthaus, die er auf Grund des Zeugnisses eines Mädchens von 13 Jahren erhielt, an dem er sich vergangen haben sollte, gesundheitlich ruiniert worden ist. Greve ist im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochen worden, da das Mädchen, das jetzt Krankenschwester ist, von Gewissensbissen gefoltert, zugab, Greve falsch bezichtigt zu haben.

### Unglücksfälle durch ungeheures Schnellfahren.

Hamburg, 4. August. Der Dampfer Kaiserin Auguste Viktoria hatte gestern abend bei seiner Ausfahrt eine so außerordentliche Geschwindigkeit eingeschlagen, daß die dadurch hervorgerufenen Wellen das Ufer bei den Orten Schulau und Wittenberge weithin überfluteten. Von den dort badenden Personen wurden viele in die Strömung hineingerissen. Zwei Personen sind ertrunken; vier, die gegen die am Strande liegenden Steine geworfen wurden, trugen erhebliche Verletzungen davon. Etwa 20 wurden leicht verletzt.

### Das Wrack der Titanic gesichtet?

Neuyork, 3. August. Der Kapitän Bemusant des im Neuyorker Hafen eingelaufenen Dampfers Luciline will an der Stelle, an der die Titanic unterging, das Vorderteil des Wracks der Titanic auf einer unterseeischen Klippe gesichtet haben, die an dieser Stelle schon lange vermutet wurde, jedoch auf den Seekarten nicht verzeichnet ist. Die Klippe könnte möglicherweise die Ursache der Katastrophe gewesen sein, ein Umstand, der für die Schadenersatzklagen gegen die White Star Linie wichtig wäre. Die amerikanische Regierung hat sofort eine Untersuchung eingeleitet, glaubt aber nicht recht an die Möglichkeit der Bestätigung.

### Ein mexikanischer Gouverneur als Raubmörder.

Neu-Orleans, 3. August. Der frühere Gouverneur des Staates Campeachy in Mexiko, Britto, wurde auf Veranlassung der mexikanischen Regierung wegen Raubmordes hier verhaftet. Nach der Verhaftung stellte es sich heraus, daß Britto zwei Beamte des amerikanischen Justizdepartements zu dem Zwecke bestochen hatte, daß sie ihn in Freiheit ließen oder ihm einen Wink gäben, falls ein Verhaftsbefehl gegen ihn erlassen würde. Jeder Beamte hatte 500 Dollar von Britto erhalten. Die bestochenen Beamten wurden sofort verhaftet.

### Von Karussell und Schaubude.

Paderborn, 3. August. Auf der Liborimesse lösten sich infolge des Bruchs einer Schraube zwei in Aeroplanform gehaute Wagen von einem Karussell los und stürzten in die umstehende Zuschauermenge. Zwei Mädchen wurden tödlich, ein Knabe schwer und etwa zehn Personen leichter verletzt.

Berlin, 4. August. Auf dem Schaubudenplatz in der Jungfernhaide produzierte sich in letzter Zeit der Artist Radkte, der sich fünf Minuten unter einem Sandhaufen lebendig begraben ließ. Der Direktor der Arena ließ den Artisten gestern 10 Minuten unter dem Sandhaufen. Als man Radkte herausgrub, war er erstickt.

### Schon wieder Pilzvergiftung.

Schwetzing, 1. August. Nach dem Genuß von Pilzen erkrankte in Neu-Lußheim die Familie des Maurermeisters Kern. Zwei Kinder im Alter von 2 und 6 Jahren sind bereits gestorben. Der Mann liegt lebensgefährlich darnieder, die Frau und ein Kind befinden sich auf dem Wege der Besserung.

### Die Verfilmung Gerhard Hauptmanns.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Die Verfilmung von Gerhard Hauptmanns Roman Atlantis hat begonnen. Die Nordisk Film Co., die den Roman zur Verfilmung erworben hat, hat auf einem Dampfer auf hoher See die Schiffsszenen, die im Roman vorkommen, aufgenommen. Es war zu diesem Zweck ein Ozeandampfer, der 14000 Tonnen fassende C. F. Tietgen von der Skandinavischen Amerika-Linie für zwei Tage gechartert worden. Der Dampfer nahm 500 Personen an Bord, die mitzuwirken hatten. Die Aufnahme des gesamten Atlantis-Films, der der größte bisher existierende Film werden dürfte, wird zwei Monate dauern. Die Kosten des Films werden etwa 250000 Mk. betragen. Zum Zwecke der Aufnahme war der Dampfer weit in das Kattegat und Skagerrak hinausgefahren. Am schwierigsten war die Aufnahme der „Rettungsszene" auf dem sinkenden Schiff. Dabei mußten zahlreiche Mitwirkende, nur notdürftig bekleidet — der Untergang des Schiffes spielt sich bei Nacht ab — mit einem Schwimmgürtel über Bord springen. Sie wurden von einem Rettungsbot aufgenommen. Die Hauptrolle lag in den Händen der Frau Orlow vom Wiener Burgtheater. Der Held des Romans, der armlose Artist C. H. Unthan, der Gerhard Hauptmann den Anlaß zu dem Roman gab, stellte die Rolle dar, die er im Roman spielt.

## Letzte Nachrichten.

### Opfer der Arbeit.

Halberstadt, 4. August. Heute morgen 6 Uhr gerieet auf dem hiesigen Hauptbahnhof der 30jährige Rangierarbeiter Friedrich Memes aus Halberstadt beim Rangieren zwischen die Puffer. Der Brustkorb wurde ihm eingedrückt, so daß er sofort tot war. Der Verstorbene hinterläßt eine Witwe und drei Kinder.

London, 4. August. Nach telegraphischen Mitteilungen aus Glasgow ist in einem Kohlenbergwerk bei Cadder, etwa zwei Meilen von Glasgow entfernt, Feuer ausgebrochen. Man befürchtet, daß 23 Bergleute ums Leben gekommen sind.

### Gegen den Militarismus.

Paris, 4. August. In Reims veranstalteten zahlreiche Antimilitaristen eine Straßenkundgebung, zogen, revolutionäre Lieder singend, durch die Straßen und stießen vor der Kaserne Rufe gegen die Armee aus. Die Polizei mischte sich hinein und nahm nach heftigem Kampfe 23 Manifestanten fest.

### Blutige Kämpfe in Indien.

Kalkutta, 4. August. 2 Uhr morgens. In Cawnpur zogen die Mohammedaner nach einer Massenversammlung in einer Prozession mit zahlreichen Fahnen zur Moschee und begannen die Giebel der eingerissenen Moschee wieder aufzurichten. Der Distriktspolizeidirektor erschien mit einer Abteilung Polizeimannschaften, um die religiösen Leute zum Auseinandergehen zu veranlassen. Die Polizei wurde angeblich mit Steinen beworfen und begann scharf zu feuern. 13 Demonstranten wurden getötet, 30 verwundet. Ein Polizist wurde erschossen, etwa 40 Polizisten sind verwundet worden.

## Literarisches.

Die Lese, die bekannte in Stuttgart erscheinende Wochenschrift, hat eine Volkslieder-Nummer (Nr. 29) herausgegeben, die recht gefallen wird. Aus dem reichen Inhalt seien nur einige Titel angeführt: Georg Forsters Vorrede zu seinem Frischen Liedlein, Nürnberg 1552; Achim von Arnim, Vom Volkslied; F. W. Rittinghaus, Vom lebenden Volkslied; Georg Muschner, Volkslied und Kunstmusik; Proben westfälischer und lippischer Volkslieder. Ferner enthält die Nummer einen Aufsatz über Franz Schubert aus der Feder S. G. Kallenbergs, Auszüge aus Schuberts Tagebuch, sowie nette Zeichnungen von Rudolf Sievers und Benno Eggert. Im Wegweiser sind neu erschienene Bücher genannt. Wer die Zeitschrift noch nicht kennt, lasse sich von der Geschäftsstelle in Stuttgart, Ludwigstraße 26, einige Probenummern kommen. Jährlich erscheinen 52 Hefte. Diese kosten einschl. zweier Jahresbücher vierteljährlich nur 1,62 Mk.

2628

1390


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130805-13/fragment/page=0008